

Er scheint täglich außer Montag... Abonnement-Preis für Berlin: Vierteljährlich 2,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 25 Pf.

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgepaltene Zeitspalt... Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden.

Erstausgabe: Juni 6, Nr. 4106.

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Benth-Strasse 2.

Donnerstag, den 12. Februar 1891.

Expedition: Benth-Strasse 3.

Die Rückberufung der Jesuiten.

Künstlich strebt man eine Volksbewegung zu schaffen dadurch, daß die Frage der Rückberufung der Jesuiten zur Tagesfrage gemacht werden soll.

Theilnahmslos steht der weitaus größte Theil des deutschen Volkes diesen Bestrebungen gegenüber, geringfügig lächelnd hört man die Tiraden der Nationalliberalen an, welche die Schlagworte des Liberalismus wieder hervorholen.

Was die Zentrumsparthei anlangt, so ist ihr Standpunkt in der Jesuitenfrage natürlich ein dem nationalliberalen direkt entgegengesetzter. Sie fordert die uneingeschränkte Aufhebung des die Jesuiten betreffenden Ausnahmegesetzes.

Die Führer des Zentrums sind sich über die Machtstellung ihrer Partei im deutschen und preussischen Parlamente vollständig klar, sie wissen genau, daß die Reichsregierung ebenso wie die preussische auf ihre Unterstützung vollständig angewiesen ist.

Ist. Schrittweise zieht sich die Regierung zurück und giebt ein Ergebnis des Kulturkampfes nach dem andern auf. Erst vor wenigen Wochen mußte Herr von Gohler die bedingungslose Rückberufung der Sperrgelder im preussischen Landtage befürworten und damit die Niederlage des preussischen Staates und den Sieg der katholischen Kirche und der ultramontanen Partei vor aller Welt zugestehen.

Damit haben wir die Stellung der beiden an der Jesuitenfrage meistbetheiligten Parteien dargelegt. Kurz zusammengefaßt ist dieselbe: Die Nationalliberalen sind gegen die Rückkehr der Jesuiten, obgleich ihnen die Frage gleichgiltig ist; die Ultramontanen sind für die Rückberufung der Jesuiten, obgleich ihnen die Sache gar nicht eilig ist.

Was die übrigen Parteien betrifft, so ist einzig und allein die Stellung der Sozialdemokraten eine klare und durchaus widerspruchsfreie, weil sie sich einfach als Konsequenz ebenso ihrer Grundsätze wie ihrer Taktik ergibt.

Die Sozialdemokraten aber sind sich klar darüber, daß das Ausnahmegesetz gegen die Jesuiten aufgehoben werden soll, dieser Standpunkt ist der der ganzen Partei, obgleich wir noch nirgends in unseren Reihen Sympathien irgend einer Art für den Orden der Jesuiten entdecken konnten.

Wir sehen in der Rückkehr der Jesuiten keine Gefahr für die geistige Entwicklung, für die freie Forschung, für die Befreiung aus religiösen Irrthümern, der nicht durch Aufklärung der Massen und Hebung der Volksbildung erfolgreich und leicht entgegengetreten werden könnte.

Das Material, das zur Bekämpfung der Jesuiten von liberaler Seite angeführt wird, erscheint uns recht wertlos. Aus der Geschichte des Jesuitenordens, aus vergangenen Jahrhunderten werden alle möglichen Schandthaten der Jesuiten hervorgehoben.

Reuiletou.

Was verboten.]

33

Bei Mama.

Roman von Arne Garborg.

XVII.

Der alte Hoven sagte niemals ein Wort; Janny war überzeugt, daß er unzufrieden sei. Sie that allerdings ihr Bestes. Verfügte niemals einen Augenblick, war auf ihrem Posten, selbst wenn sie krank war, leistete mehr, als sie verpflichtet war, bediente mit einer Lebhaftigkeit, welche die Kunden verlockte, mehr zu kaufen, als sie Lust hatten, log sich in die Gunst des Chefs hinein, so daß sie darüber selbst erstaunt war, aber nein; niemals ein Wort. Er war unzufrieden. Jungfer Stange mußte geschickter gewesen sein. Sie wagte von einer Lohnerhöhung nichts verlauten zu lassen; man mußte Gott danken, wenn ihr nicht gekündigt wurde.

Eines Tages jedoch sagte der Chef ihr ein Wort, daß so gut war wie tausend Worte; er erhöhte ihren Lohn. Sie sollte von nun an vierzig Kronen monatlich haben. Janny lief heim und erzählte es lachend und weinend zugleich; der ganze Elkberg sei ihr vom Herzen gefallen, sagte sie. Sie begann vor sich ordentlich Achtung zu kriegen. Mama ging aus und holte eine Flasche Vodka. Wahrhaftig, nun dürfen wir uns schon erlauben, es uns

heute abends ein bißchen gemüthlich zu machen, mein Mädchen", sagte sie.

Jetzt gab Mama alle ihre Kunden auf, — mit Ausnahme der Affessorin. Sie behielt sie aus Freundschaft. Sie fand es wohl auch höchst unterhaltend, mit dem Wagen abgeholt zu werden; — stehen sie jetzt bei Larjen am Fenster? flüsterte sie gern, während sie wegsuhr.

Janny wurde nicht reicher als bisher. Allein sie gestattete sich, ein Klavier zu mietzen.

Es war ein altes vierediges Hackbrett, das sie für anderthalb Kronen monatlich bekam. Eine ganze Menge leichter Musikstücke ließ ihr Frau Rahes, die nun übrigens im Bett lag. So saß denn Janny und kimperte und spielte, so oft sie eine freie Stunde hatte. Es war nicht viel Ton im Raufen. Allein der Klang war schön. Es war etwas Partes, Nachdenkliches darin, etwas Sanftes, Trümmersches, Partes-ähnliches; es sang vom Frieden alter Stuben, von den Erinnerungen alter Frauen. Da konnte es denn geschehen, daß an einem Sonntag Vormittag Was zu Janny heraufkam; er sang und sie begleitete. Und sie vergaß die Mühsal der Welt. Sie war das junge Mädchen in der Gallerie; des Auges schimmernder Feuchtblid sagte es, sie baute stummernde Traumschönheitsreize; das Summen des alten Klaviers ward zu Musik, zu Tonwogen, auf welchen sein Sängerschiff segelte. Alles wandelte sich in Glück und Klarheit. Die Töne lebten und redeten; sie konnte lachen über den Troll-Humor der norwegischen Hjelmelodien und wurde sentimental bei der weichen Trauer slavischer und magyrischer Weisen.

Die Trolle (Trolde) sind die riesenhaften Wald- und Berggeister der nordischen Sage, gutmüthig und gefährlich zugleich.

Aud dann machten die Beiden Spaziergänge. Er plauderte; sie hörte zu. Er erzählte vom Studentenverein und vom Gesellschaftsleben, vom Hörsaal und vom Krankenhaus; er schwatze von seinem Schneider und seinen Kostümen und befragte sie um Rath hinsichtlich seiner Manschetten und Kragen. Sie erfuhr alle seine Zukunftspläne. Er erzählte, in welchem Stolz er seine Zimmer einrichtete, in welcher Fabrik er seinen Flügel kaufen wollte, welche Maler auf seinen Wänden vertreten sein sollten; er beschrieb seine künftigen Visitenarten und erklärte, wie er es anstellen würde, um seine Patienten zu bekommen. Er war gottgesegnet kindisch, der große Junge. Hatte er einen neuen Anzug oder einen neuen Hut bekommen, so war er geradezu köstlich. Er drehte sich vor Janny rund herum und fragte, ob er nicht häßlich sei; sagen Sie aufrichtig, Hjäulem, finden Sie diesen Hut häßlich? — Er wurde ungeheuer vergnügt, wenn sie ihn einen Ocken nannte. Wissen Sie, was Sie sind, Was? — Nein. — Sie sind ein Beck! — Er lächelte, piffte leise vor sich hin, machte sich stramm; — wissen Sie aber, was Sie sind? — Nein! — Häßlich! —

Durch schlau ausgeformene Fragen veranlaßte sie ihn, zu erklären, was sie nicht verstand; er wurde ihr Lehrer. Den ganzen Sommer und Herbst trieben sie sich mit einander herum und konnten schließlich mitammen von Allem reden. Aber gewisse Dinge gab es doch, über die sie keinen ordentlichen Bescheid erhielt.

Bei Thorfeng las sie jeden Sonntag „Kistenposten“ (die Abendpost); eine ganze Menge Sachen begriff sie nicht. Es schien, als lebten wir in einer großen Gefahr; Alles, was gut und heilig, war von Untergang bedroht; ein paar abscheuliche Gefellen im Storching wollten Revolution machen;

ungeschied gewählte Waffen. Wir haben heute nicht mit den Jesuiten aus der Zeit des dreißigjährigen Krieges und auch nicht mit denen des vorigen Jahrhunderts zu rechnen, sondern mit denen der Gegenwart. Anderes Material scheint den Liberalen nicht bequem zu sein, sonst würden sie nicht auf die lächerliche und für sie höchst gefährliche Methode der Bekämpfung der Jesuiten mit historischen Reminiszenzen verfallen. Gefährlich ist diese Methode deshalb, weil sie zu den unangenehmsten Konsequenzen führen muß. Man könnte ja nach derselben Methode z. B. die heutige Monarchie als unhergeleitete Institution hinstellen, indem man auf die Dragonaden der französischen Könige, auf die Soldatenverkäufe deutscher Fürsten, auf die Zeiten der Gegenreformation in Deutschland, auf Machiavelli und vieles Ähnliche hinweist. Dies nur so nebenbei, um die Kopflosigkeit des liberalen Kampfes gegen die Jesuiten zu kennzeichnen.

Endlich vergesse man eines nicht: sind die Jesuiten wirklich eine so unübertreffliche Waffe in dem Kampfe der katholischen Kirche gegen den Geist der modernen Zeit, dann darf man doch die katholische Kirche nicht so unterschätzen, daß man ihr zumutet, sie lasse diesen Kampf weiter nur von Männern führen, die formell den Namen der Jesuiten tragen. Versperrt man heute den Jesuiten die Thore des Reiches, so werden morgen von der katholischen Kirche andere, die nicht Jesuiten heißen — es auch nicht sind —, den gleichen Kampf mit den gleichen Waffen führen.

Hat daher der Kampf gegen die Jesuiten einen Sinn, dann müßte man nicht den Orden der Jesuiten, sondern den Geist und die Taktik bekämpfen, welche man als spezifisch jesuitische zu bezeichnen gewohnt ist; davor werden sich aber sämtliche bürgerliche Parteien wohlweislich hüten, denn sie würden sich dabei tief ins eigene Fleisch schneiden, weil in allen bürgerlichen Parteien jesuitischer Geist, jesuitische Taktik, jesuitische Polemik zu finden ist. Nicht um einen geistigen Kampf handelt es sich bei der Bekämpfung der Jesuiten, sondern um eine klug berechnete Täuschung des Volkes.

Wir sind gewiß, daß alle Glieder unserer Partei gleicher Meinung sind, daß sie sich von den Trüben der Jesuitenreifer nicht bethören lassen und läßt bis ans Herz der Entwicklung der Frage zusehen werden, dabei aber unverrückbar an dem Grundsatz unserer Partei: **Aufhebung aller Ausnahmegerichte**, festhalten werden, möge diese Aufhebung unseren Freunden oder Feinden zu Gute kommen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. Februar.

Aus dem Reichstage. Heute war wieder Afrika-Debatte im Reichstage. Herr Stöcker verlangte, daß in den Kolonien die Jagdgebiete für die katholischen und evangelischen Missionen getrennt werden sollen, und beklagt sich darüber, daß die katholischen Missionare bereits die Negerkinder bearbeiten, während sich die evangelischen Sendboten mit den erwachsenen Schwarzen abquälen müssen, um ihnen die Segnungen europäischer Kultur beizubringen.

Missionen in Afrika sind auch das Spezialgebiet des Herrn Windthorst und so spazierte dem, nachdem Stöcker den Nutzen getrennter Arbeit in Afrika gepredigt hatte, die kleine Exzellenz auf die Tribüne, um im Namen der Geistesfreiheit gegen die Einbegung der Missionsgebiete zu protestieren.

Ob den Afrikanern auf dem Wege katholischen oder evangelischen Einflusses die Zivilisation des Pulvers und des Schnapses gereicht wird, das will Windthorst im geistigen Wettbewerbe beider Konfessionen entschieden sehen und in dem Rennen um die Regergunst sollen keine Barrieren aufgerichtet werden.

Der Reichstag war augenscheinlich afrikamüde; nachdem das Rededuet, bei welchem es nach Ansicht der Berle-

von Meppen an „Bosheiten“ des Erhopredigers nicht gefehlt hat, zu Ende war, zog Herr Stöcker, der sein Redebedürfnis auf dem Gebiete der afrikanischen Missionen befriedigt hatte, seinen Antrag zurück.

Handelte es sich bisher um die Missionen in Afrika, so kam nun der Schnaps an die Reihe; Herr Stöcker beantragte, der Bundesrath solle die Schnapszufuhr in Afrika verbieten.

Warum der Brava nicht einen direkteren Weg wählt und in seiner Fraktion den Beschluß herbeiführt, keinen Schnaps mehr zu brennen, dann nämlich verbietet sich die Einfuhr von selbst, ist uns ganz klar; wahrscheinlich hat Herr Stöcker in dieser Beziehung kein richtiges Vertrauen zu seinen agrarischen, schnapsbrennenden Freunden; wir auch nicht; wenn Herr Stöcker aber den „Schnapsentwurf“ wirklich nicht in den schwarzen Erdtheil hineinlassen will, dann muß er den konservativen agrarischen Gesetzgebern ein Privatissimum über die Volksvergiftung durch Fusel halten, und dafür sorgen, daß er für seine Predigten nicht nur Zuhörer findet, sondern daß seine Rathschläge auch befolgt werden.

Der Reichstag hatte heute keine Neigung, den Stöcker'schen Spuren zu folgen, und erledigte den Antrag durch Uebergang zur Tagesordnung. Die Einzigen, welche das Stöcker'sche Kind nicht schon umgeboren abschlachteten, waren die Sozialdemokraten. Armer Stöcker!

Die zweite Lesung des sogenannten **Arbeiter-Schnaps-Gesetzes** wird morgen im Plenum der Reichstags beginnen. Ueber den Stand der Frage sind unsere Leser genau unterrichtet. Während die Regierungsvorlage in der Kommission war, brachten wir regelmäßige Berichte der Verhandlungen, die von den übrigen Blättern meist in durchaus einseitiger Weise wiedergegeben wurden.

Unsere Vertreter im Reichstag haben eine Reihe von Verbesserungsvorschlägen gestellt, und werden nichts unversucht lassen, um aus dem Gesetzesentwurf die Bestimmungen zu entfernen, welche den Interessen der Arbeiter zuwiderlaufen und, deren Verbleiben im Gesetz dasselbe für uns unannehmbar machen würde.

Da es sich hier für alle Parteien um die einschneidendsten Interessenfragen handelt, und da die kapitalistischen Parteien mit aller Macht für die ihr ökonomisches Uebergewicht sichernden Bestimmungen eintreten werden, so müssen wir auf sehr lebhaft und sehr lange Debatten gefaßt sein.

Das Deutsche Reich will auf allen Gebieten groß sein, auch im **Geldpumpen**. In Gemeinschaft mit der preussischen Regierung, die von der Reichsregierung nicht zu trennen ist, wird es dieser Tage eine neue Anleihe von 150 Millionen machen. Und damit es dem Publikum, welches zu viel Geld hat, recht leicht gemacht wird, sein Geld los zu werden, so hat man an 70 Orten des Königreichs Preußen und der übrigen Bundesstaaten — in letzteren natürlich nur für den auf das Reich entfallenden Antheil — sogenannte „Emissionstellen“ eingerichtet, in welche die Leute ihr Geld zu bringen haben. Nach dem Fiasko der letzten Reichsanleihe hofft man jetzt auf eine ähnliche Ueberzeichnung, wie neulich in Frankreich.

Herr v. Caprivi hat sein Versprechen, ohne offiziöse Presse auskommen zu wollen, nicht lange gehalten. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat leihweise ihrem früheren Herrn und Meister die Antwort seines Nachfolgers überbringen müssen. Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ scheint aber Herrn v. Caprivi nicht zu genügen. Er braucht mehr offiziöse und will auch weniger abgebrauchte verwenden, so z. B. das „Berliner Tageblatt“, dessen heutige Abendausgabe folgende Notiz enthält:

In der Polemik der „Hamburger Nachrichten“ gegen den Reichskanzler v. Caprivi wird dem letzteren besonders auch daraus ein Vorwurf gemacht, daß er vertrauliche Marginalverfügungen oder Bemerkungen des Fürsten Bismarck, welche nicht für die Öffentlichkeit bestimmt seien, rhetorisch verwendet habe. Nichts aber ist unbedeutender, als ein solcher Vorwurf. Denn thatsächlich bestehen fast die gesammten Anordnungen Bismarcks in den letzten Jahren nur aus mit Bleistift in Misenlettern auf die einzelnen Blätter hingeworfenen Bemerkungen, was jeder bestätigen wird, der je etwas zu bearbeiten gehabt hat, mit denen auch der Fürst Bismarck befaßt war. Alle anderen Anordnungen waren — von Ausnahmen abgesehen — dann nur die Ausarbeitungen der Räte; die Intentionen des Kanzlers mußten von denselben nur aus-

einem Wort oder einer Zeile entnommen werden, weshalb es bekanntlich so außerordentlich schwer hielt, Arbeitskräfte zu gewinnen, welche diese Divinationsgabe besaßen. Mit vollem Rechte hält sich daher der Nachfolger an diese geübteren Gedanken, welche die Stelle eigener Ausarbeitungen vertreten mußten, und es ist kaum ein anderes Mittel ersichtlich, durch welches Herr v. Caprivi das Verhältniß seiner zu den früheren Anschauungen thatsächlich klarlegen könnte, als dadurch, daß er die seitdem gewesenen Ideen Bismarcks so, wie er sie vorgefunden hat, verwendet.

Vielleicht stammt diese Notiz auch nicht aus dem Reichskanzleramt und ist aus den eigenen Redaktionsbüchern geflogen? Das würde die alten Offiziösen sehr beruhigen, denn bei den schlechten Geschäften der officiösen Presse würde die Konkurrenz des „Berl. Tageblatt“ tödtlich wirken, zumal im Lügen und Erfinden diesem Blatte nicht leicht ein Konkurrent nachkommt.

Die „Vossische Ztg.“ schreibt:

Das **Grubenunglück auf der Zeche Sibernia** wird von der sozialdemokratischen Presse des Ruhrgebietes zu heftigen Angriffen gegen das Unternehmertum, die niedrigen Löhne u. a. aufgeblasen.

Darin soll jedenfalls ein versteckter Angriff gegen unsere Agitation stecken, der aber recht Mißlingen ist, da das Blatt dann fortfährt:

Bemerkenswerth ist indessen, daß selbst das Organ der Grubenbesitzer, die „Rhein. Westf. Ztg.“, aus Anlaß des Unglücks den Grubenverwaltungen folgende Ermahnung zu Theil werden läßt:

Es wäre allerdings erwünscht, daß die Gruben möglichst vorsichtig in der Auswahl der an gefährlichen Punkten zu beschäftigenden Arbeiter verfahren, namentlich aber auch, daß dieselben es an zuverlässigem Aufsichtspersonal nicht fehlen lassen, wie es hin und wieder vorkommen soll. Um aber die Wahrheit ans Licht zu bringen, wäre es ebenso sehr erwünscht, daß die Ergebnisse der amtlichen Untersuchung über bedeutendere Grubenunfälle möglichst bald in authentischer Darstellung veröffentlicht werden, damit allen unverständigen und gefährlichen Mißthaltungen über solche Unfälle alsbald die Spitze abgebrochen würde.

Wenn ein so verbohrtetes Kapitalistenblatt, wie das Organ der reichsten und verstocktesten Grubenbarone so schreiben muß, dann wäre es doch größte Blödsinnigkeit unsererseits, wenn wir nicht mit aller Schärfe die gemein-schädlichen Verhältnisse im Grubengebiete kennzeichnen und Abhilfe verlangen würden.

Die **Kanzeln zu Predigten gegen die Sozialdemokratie** zu gebrauchen, hat der Bischof von Passau den Pfarrern seiner Diözese verboten. Dies geschah im wohlverstandenen Interesse der Kirche selbst, nicht zur Schonung der Sozialdemokraten, sondern zum Schutze der Kirche vor den Sozialdemokraten. Tritt die Kirche als solche in den politischen Kampf, so muß sie sich gefallen lassen, angegriffen zu werden. Daß dies der Kirche nichts nützt, daß sie da im Kampfe gegen die Sozialdemokratie den Kürzeren ziehen muß, hat der Bischof von Passau eingesehen. Absolute Neutralität im politischen Kampfe muß im Interesse der Kirche von ihren einsichtigen Vertretern gefordert werden; die meisten Vertreter der Kirche fühlen sich aber als Glieder der herrschenden Klasse und benutzen die Kirche als Waffe gegen uns, sind aber dann empört, wenn einzelne Sozialdemokraten dann die Angriffe pariren und zum Schaden der Kirche erwidern. Einseitige Neutralität ist es aber da nicht. Wer nicht gebauen werden will, der hüte sich, andere zu schlagen. Nimmt die Kirche aller Konfessionen nicht den vernünftigen Standpunkt des Bischofs von Passau in dieser Frage ein, so ist es der Schaden der Kirche. Uns kann dies gleichgültig sein, denn die Thatsachen beweisen, daß die andere und beliebtere Methode der Klerisei, uns in der Kirche, wo eine Störung durch Gegner ausgeschlossen ist, zu bekämpfen, uns alles eher als schadet.

Die **Münchener Neuesten Nachrichten** suchen Erfolge der internationalen Arbeiterschuh-Konferenz des vorigen Jahres nachzuweisen und finden nur einen einzigen, der in der Verathung des französischen Arbeiterschuh-Gesetzes vorliegen soll. Aber auch damit ist es nichts, denn das jetzt von der französischen Kammer durchberathene Arbeiterschuh-Gesetz lag schon der vorigen Kammer vor und konnte von derselben wegen des Sessionschlusses nicht zu Ende berathen werden, ist also schon Jahr und Tag vor der Einladung Deutschlands zur internationalen Arbeiterschuh-

wenn sie was um dergleichen fragte, antwortete er nur mit Wähen. Was ein Venstremannd sei? — Ein Venstremannd sei ein ruinierter Mensch, der eine Anstellung in der Staatsrevision) suche. — Republik? — Republik wolle sagen, daß der Dichta Wikanson statt Eskaa H. König werden sollte. Volkshochschule? — eine Einrichtung, wo die Bauernbursche gelehrt würden, in Versen zu sprechen und von Sonnenstein und von Anlehen bei der Hypothekendarf zu leben. Wollte sie Genaueres erfahren, sagte er: Ach, Heagott, nein; lassen Sie uns gebildete Menschen sein und nicht von Politik reden. Politik, sehen Sie, das paßt für die Bauern der Wahlkreise und für Mitglieder des Wettervaterins von Kristiania; das ist nichts für uns, die wir Besseres gewöhnt sind.“ Weiter konnte man nicht kommen.

Was ließ sich auf ernste Dinge nicht ein, und that er es doch, so wurde auch das Ernste lustig. Es ging das oft fast zu weit. Einmal erzählte er ganz gemüthlich, daß sein Freund Gabriel Freidenker sei. „Jesus! Was sagen Sie da,“ unterbrach sie ihn; „nein, Sie dürfen so etwas nicht sagen!“ — „Heagott, wenn es wahr ist!“ — „Wahr? Und mit solch einem Menschen gehen Sie um?“ — „Ja, warum nicht?“ — Das ist doch nicht meine Sache, denke ich? — „Nein, aber... das muß doch schrecklich unheimlich sein!“ — „Ja, mia scheint es dumm von ihm,“ sagte Was; „denn Sie begreifen doch, an unsen Heagott müssen wir glauben, ... finden Sie nicht? — Meine Kamjaden behaupten, das sei una Affektation von mia; aber ich wackhae Sie, daß ich mia nicht wackstellen kann, wie wir uns behelfen sollten, wenn wir Gott nicht hätten. Sehen Sie zum Beispiel: — Da liegt ein Mann, dea ganz kaput ist. Wa könnten einen Kopf wawetten, daß ee den Moagen nicht alebt. Er fällt hin und liegt eine Weile; da plötzlich kommt wieda Leben in ihn, ea wiad frisch und gesund wie ein Fisch und lebt noch manches

schöne Jahr... Ja so etwas müssen wir doch eine Rat von Calläung haben, nicht? Nein, ich, ich halte mich an Lothmann); wir brauchen den Heagott in den Medizin. — Am abea muß ich Ihnen etwas erzählen, was gestan im Speisesaal passierte. Ich muß Ihnen nämlich sagen, daß alle jenseitlich erstant sind, was sie ein hübsches Mädchen ich erwählt habe...“ Du, er war eigentlich fürchterlich leichtsinnig.

Ab und zu traf sie ihn mit diesem Gabriel, und nun, da sie das Schwereckliche vernommen hatte, beobachtete sie ihn. Es war doch sonderbar, daß ein Freidenker derartig aussehen konnte, fand sie. Natürlich war ein bißchen Unheimliches an ihm, man sah ihn an, daß er keinen Frieden in der Seele hatte; im Uebrigen schaute er aber aus wie andere Leute, ja er war fast schön. Die braunen Augen hatten einen guten Ausdruck; das Antlitz war ernst und feil; der selbenerweiche, löffelwarme Bart stand hübsch zu seiner tiefen Blässe. Er ging nett gekleidet und machte in jeder Hinsicht den Eindruck der Bildung. Der Bergener Dialekt klang prächtig in seinem Mund, singend, weich, manchesmal kindlich. Das einzige Unangenehme an ihm war, daß er fluchte; allein das thaten ja Viele, ohne Freidenker zu sein. Eines Tages sagte er etwas, was sie nahezu in ihn verliebt machte. Es war ein Sonntagmorgen; sie begegneten ihm außerhalb Grund; da stand er und sprach mit einem kleinen, schäbigen Menschen, der ihn gerade in diesem Augenblick verließ. „No, guten Tag Gabriel“, sagte Was, „kannst Du diesen Aittermann auch?“ — „Nein, kennst Du ihn?“ — „Der liebe Gott weiß es; er ist der ärgste Schlingel und Schuldenmacher in Kristiania.“ — „Ah Teufel!“, sprach Gram, „und ich, der ich ihm zwei Kronen gab!“ — „Stoßisch; und diese zwei Kronen hast Du natürlich Dir selbst ausgeliehen?“ — „Nein, im Anfang des Monats borge ich mir kein Geld aus... Donnerwetter, wie dumm! Ich hätte die zwei Kronen heute eigentlich gebraucht!“ — „Na“, tröstete er sich, „der Schlingel braucht sie wohl auch; Schlingel müssen ja gleichfalls leben,

zum Teufel hinein... adieu! — Adieu Fräulein!“ — Gott, wie leichtsinnig er war! Aber — „Schlingel müssen gleichfalls leben!“ — Das war im Grunde schön. Wachte wissen, ob Was nicht ein wenig auf Kosten seines guten Freundes gelogen hatte? —

Einmal kam sie in Gespräch mit ihm; da merkte sie, daß er dennoch ein schlimmer Geselle war.

Sie sagte, daß sie nicht heirathen wolle; er nahm es ernst und wurde böse. Wie sie doch mit dergleichen kommen mochte, da sie es ja gar nicht meinte? — Na, das wäre nicht übel, wenn ihr der Drang dazu fehlte! — Es gab nichts so Arges, wie ein junges Mädchen, welches kein Bedürfnis fühlte zu heirathen; und überdies, man sollte auf jeden Fall heirathen; es war geschmacklos, ledig zu bleiben!

„Sie sind ja selbst ledig,“ sagte sie, obchon sie eigentlich auf so ein Gerede nicht hätte antworten sollen.

Ja allerdings; bis dato hatte es sich einfach nicht ausführen lassen; und dann hatte die Sache natürlich ihre Bedenklichkeit. Ein Wesen, mit dem man ein ganzes Leben hindurch umgehen sollte, fand man nicht so auf einmal... Verliebt? Ja, so dächten die Franzjünger eben; wenn man nur verliebt ist, so ist Alles in Ordnung... In der Wirklichkeit war das aber das Wenigste! Die Hauptfache war, daß man einander verstand; also mußte man ungefähr auf gleicher Bildungstufe stehen und im Ganzen und Großen die gleichen geistigen Neigungen haben; überdies waren da alle möglichen Kleinigkeiten; ich zum Beispiel, ich könnte nie mit einer Dame verheirathet sein, die nicht den Sinn besäße, sich hübsch zu kleiden! — Denken Sie sich nur!

Fanny sah auf ihren Anzug herab; sehr hübsch war derselbe nicht; sie fand Gabriel abfällig. „Sie sind ein recht anspruchsvoller Herr,“ sagte sie.

(Fortsetzung folgt.)

*) Die Staatsrevision (Staatsrechnungshof) ist eine vom Storting gewählte Kommission, der die Prüfung der budgetmäßig zu verrechnenden Ausgaben obliegt. Die Wahl erfolgt für 4 Jahre; jeder Staatsrevisor hat 900 Kronen Gehalt.

*) Lothmann, Professor der Medizin an der Universität von Kristiania; bekannt als rühriger Vertheidiger der Orthodorie.

ertheilt. Im 2. Punkt der Tagesordnung gaben die Kol. Kirch, Schiefer und Richter Bericht der Kommissionen. Bei der Vorstandswahl wurde folgender Antrag von der Generalversammlung angenommen: „Stelle den Antrag, den Vorstand für die Zeit, die noch bis zur eventuellen Auflösung des Vereins der Klemmer Berlin und Umgebung bleibt, bestehen zu lassen.“ Der Vorstand wurde beauftragt, nach Gründung des neuen Vereins eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen und zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Darauf wurde zur Wahl der Kommissionen geschritten. In die Bibliothek-Kommission wurden die Kollegen Lange, G. Förster, Jannig und Kamenig gewählt. Kollege Kirch wurde als Arbeitsvermittler und Kollege Danmann als dessen Stellvertreter gewählt. Die Nachschau-Kommission wurde aufgelöst und die Klagesachen dem Vorstand überwiesen. Nachdem noch mehrere Vereinsangelegenheiten verhandelt waren, wurde die Versammlung geschlossen.

Eine zahlreich besuchte öffentliche Bildhauer-Versammlung fand am 8. d. M. bei Feuerstein unter dem Vorsitz des Kollegen Dumanski statt. — Zwei Anträge der Kommission

waren in Sachen der Feier der 1. Mai eingelaufen: Die heute bei Feuerstein tagende öffentliche Versammlung der Bildhauer beschließt, die Mai-Demonstration zu Gunsten des achtstündigen Arbeitstages auf den ersten Sonntag im Mai zu verlegen. Nach einer kurzen Diskussion wurde dieser Antrag mit allen gegen eine Stimme angenommen. Der folgende Antrag, daß die Kommission von nächster Woche ab ermächtigt ist, einen laufenden Beitrag von 10 Pf. von jedem arbeitenden Kollegen zu erheben, wird ebenfalls mit Majorität angenommen. Kollege Winkler erstattete Bericht über die letzte Versammlung der Berliner Streik-Kontrollkommission. In der Kellnerfrage kam es zu einer lebhaften Debatte. Im Ganzen ist aber die Versammlung mit der Haltung ihrer Delegierten einverstanden. Nach einer Erziehung der Lohnkommission für 2 ausgeschiedene Mitglieder, schließt die Versammlung.

Johannisthal, 8. Februar. Am Sonntag, den 1. Februar, tagte im Lokale des Herrn Senfleben eine Versammlung des Arbeitervereins für Johannisthal und Umgebung. Der Kassierer Schäfer erstattete den Kassenbericht vom letzten Quartal. Die

Gesamteinnahe des ganzen Jahres stellt sich auf 789 M. 40 Pf., die Ausgabe auf 608 M. 82 Pf.; bleibt ein Kassenbestand von 180 M. 58 Pf. — Auf Antrag des Genossen Wieland wurde der Gesamtvorstand mit Ausnahme des ersten Vorsitzenden und des ersten Schriftführers, der eine zweimonatliche Gefängnisstrafe zu verbüßen hat, in seinen Aemtern bestätigt. Nachdem die beiden Wahlen, die erforderlich waren, vorgenommen worden, setzt sich der Vorstand jetzt aus folgenden Genossen zusammen: 1. Vorsitzender Gise, 2. Vorsitzender Schulze, 1. Schriftführer Dösch, 1. Kassierer Schäfer, 2. Kassierer Heinrich Schulze. Sodann wurde die Gründung einer Bibliothek beschlossen und als Bibliothekar August Bode und zu seinem Stellvertreter Drosig gewählt. Außerdem wurden noch als Hilfskassierer für Ottenide Paul Nehe und als Revisor Jakob Schneider aus Rudow gewählt. Das erste Stiftungsfest soll gefeiert werden und es wurde dazu ein Komitee gewählt, bestehend aus den Genossen Schneider, Grünberg, Schulze, Bode, Drosig und Ernst Schulze.

Theater.
Donnerstag, den 12. Februar.
Opernhaus. Mignon.
Schauspielhaus. Wilhelm Tell.
Lesung-Theater. Ein Volksfeind.
Berliner Theater. Kean.
Deutsches Theater. Die Kinder der Erziehung.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Meißner Porzellan. Hierauf: Fledermaus.
Wallner-Theater. Mit Hebevit.
Residenz-Theater. Der seltsame Zoupinel.
Victoria-Theater. Die sieben Raben.
Sellenkianz-Theater. Schelm Cupido. Vorher: Pension Schöllers.
Ostend-Theater. Verwehmt.
Adolph Ernst-Theater. Unsere Von Juans.
Thomas-Theater. Der Registrator auf Reisen.
Kaufmann's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshellen. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Concordia. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Gebr. Richter's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Wintergarten. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Circus Schumann.
Friedrich-Karl-Ufer.
Donnerstag, den 11. Februar, Abends 7 1/2 Uhr:
Grosse Vorstellung
mit vorzüglich gewähltem Programm. Besonders hervorzuheben: Damen-Hurdlerace, geritten von 12 Damen. Auftreten des Jockeys-Reiters Mr. Royal. Entree des Clown Tanti. Landem mit 4 Schulpferden, geritten von Herrn Ernst Schumann. Reitkünstlerin Miss Taylor. Das Schulpferd Troubadour, geritten von Fel. Wilma. Mr. Achilles, Saltomortal-Reiter. Apportierpferd Said, vorgeführt von Herrn Max. Die fliegenden Hüte, Clowns Gebrüder Permane.
Zum Schluß der Vorstellung:
Circus unter Wasser.
Eine ländl. Hochzeit.
Sensationelle Wasserphantomime. Spezialität: 4 Wasserpommes. Morgen: Gr. Vorstellung mit neuem Programm. Eine ländliche Hochzeit.

Unserm Genossen Hermann Bosert zu seinem heutigen Wiegenfeste ein dreimal donnerndes Hoch. 453b
Seine Genossen und Freunde aus der Junkerstraße.
Unsern Freunden und Genossen, dem dicken Tuba-Paul und dem breiten Kohlen-August, zu ihrem heutigen Wiegenfeste ein dreimal donnerndes Hoch, daß die Tuba plaut und die Kohlen purzelt. Treff beim Kaffassier mit dem Weibhüder. Die ganze Kapelle: B. G. St. E. K. G. K. F. K. Na, wir wollen sehn, w'it kommt. 457b Im Westen.
Karl Schindler zu seinem heutigen Geburtstag ein donnerndes Hoch. 165L
Dem Ladebrüber M. N., Manteuffelstraße, ein dreifaches Hoch zu seinem heutigen Wiegenfeste, daß die Blut- und Leberwürst zappelt und die Speckseiten vom Gerüst fallen mögen, senden 456b
Lademann & Comp.
Werkstatt-Kontroll-Kommission des Fachvereins der Tischler.
Sitzung im Lokale Feuerstein, Alte Jakobstr. 75 (Eingang Garten), 312
Freitag, Abends 8 1/2 Uhr.
Erscheinen Aller nothwendig.
Der Bevollmächtigte.

Berliner Arbeiter-Bildungsverein.
Donnerstag, den 12. Februar, Abends 8 Uhr:
Große Versammlung 115
in Bötow's Brauerei, Prenzlauer Allee.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Herrn W. Schmidt über: „Kolonialgeschichte und deutsche Kolonialpolitik.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Fragekasten. — Um zahlreichen Besuch bittet
Der Vorstand.

Achtung! Buchbinder und verw. Berufsgenossen. Achtung!
Sonnabend, den 14. Februar, Vormittags 10 1/2 Uhr:
Große öffentliche Versammlung
aller Arbeitslosen obiger Branchen
im Restaurant Gründel, Dresdenerstrasse 116.
Tages-Ordnung:
Vortrag des Stadtverordneten Klein. Diskussion und Verschiedenes. Das Erscheinen aller arbeitslosen Kollegen ist erforderlich. 24b

Handlungsgehilfen und Gehilfinnen!
Donnerstag, den 12. Februar, Abends 8 1/2 Uhr:
Große öffentliche Versammlung 94b
aller kaufmännischen Angestellten
bei Jo 81, Andreas-Strasse Nr. 21.
Tages-Ordnung:
1. Was können die kaufmännischen Angestellten für die Besserung ihrer Lage thun? Referent: Albert Auerbach. 2. Diskussion. 3. Fachorgan. Um zahlreichen Besuch bittet
Der Einberufer.

Große öffentliche Versammlung der Haus- und Geschäftsdienstler Berlins
am Freitag, den 13. Februar, Abends 8 1/2 Uhr.
Tages-Ordnung:
1. Wie stellen sich die Kollegen zur Gründung einer freien Vereinigung. Referenten: Kollegen O. Wiemer, O. Lambrecht. 2. Diskussion. 3. Event. Wahl eines provisorischen Vorstandes. 4. Verschiedenes. — Zur Deckung der Unkosten 10 Pf. Entree.
Der Einberufer.

Englischer Garten.
Direktion: C. Andress, Alexanderstraße 27c.
Margarethe Steinow, Siedersängerin.
Paul Jülich, Gesangs humorist.
Mr. Goswin, Musik. Regier-Clown.
Fr. Bonné, Köchlin-Soubrette.
Gebr. Corradini, Tanz-Duettkünstler.
Mons. Bernardi, Schnellzeichner.
Anfang Wochentags 8 Uhr. Sonntags 5 1/2 Uhr.
Entree Wochentags u. Sonntags 30 Pf. 50 Pf. und 75 Pf., im Vorverkauf 20 und 30 Pf.

„Aegintha“
Gr. Vogel-Ausstellung
Grand-Hôtel Alexanderplatz.
Von Donnerstag, 12., b. Dienstag, 17. d. M., Morg. 9 b. Abds. 9 Uhr geöffnet.
Eintrittspreis 50 Pf.
Am 18. Februar Vorm. findet eine Verlosung von lebenden Vögeln aller Art statt: à Loos 1 M. an der Ausstellungskasse. 112L
Empfehle den Genossen meine 86L
Masken-Garderobe
für Herren und Damen. Elegante Kostüme, solide Preise. C. Trolle, Grüner Weg 19, zwischen Kraut- und Markuststr.

Achtung!
Klavierarbeiter und verwandte Berufsgenossen!
In der Pianoforte-Fabrik von Mah & Co. haben die Arbeiter wegen Lohnreduzierung die Arbeit niedergelegt. Zugang ist fern zu halten.
Die Kommission.
NB.: Sammellisten können jeden Abend bei Winger, Raunaystr. 78; bei J. Meyer, Andreassstraße 12, und bei dem Beitragsammler für den Norden W. Neumann, Kaserstr. 133, 2. Hof, im Keller, empfangen und abgegeben werden.
Ein Parteigenosse, wegen Agitation gemahnt, früherer Schuhmacher, empfiehlt sich dringend den Parteigenossen zur Anfertigung u. Ausbesserung von Schuhen u. Stiefeln.
Auch werden Bohrshühle zum Flechten angenommen. Auf Wunsch werden Bestellungen abgeholt. Adresse: 464b
O. Ahlers,
Auguststr. 37, Hof, Seitenst. i. Keller.

Wer Nähmaschine kaufen will, verlange — bevor man anderweitig kauft — eine illustrierte Preisliste
C. Mahnkopf, Berlin W., Strasse 23.
Dieses seit 24 Jahren bestehende Firm. ist die vortheilhafteste Bezugsquelle für Nähmaschinen, wie dies fortwährend von Tausenden von Kunden anerkannt wird.

Stabliement Buggenhagen am Moritzplatz.
Täglich:
Unterhaltungsmusik.
Direktion J. Hödmann.
Diensttag und Freitag: Walzer-Abend. Großer Frühstücks- und Mittagstisch. Spezial-Anschauung von Pagenhofer Export-Bier, Seidel 15 Pf.
641 F. Müller.

Steppdecken!!
größte Auswahl!! am billigsten in Emil Lefevres Fabrik, Berlin, Oranienstr. 158. 85 L
1 Posten Schlafdecken m. kleinen reinn. Städ 4, 6, 8 und 10 Mark. Werth das Doppelte!!
Illust. Preisliste gratis u. franko.

Ein Arbeiter-Gesangverein
im Osten (Mitgl. d. Arb.-Sängerb.), wünscht noch Mitgl. Namentlich aus indifferenten Vereinen. Ausgeschiedene sind besonders angenehm. Uebungsstunde Donnerstags von 9—11 Uhr bei Wenk, Blumenstr. 48. 460b
Dirigent, welcher n. Geige übt, für Dienstags v. Männergesang-Verein (Mitglied des A.-S.-V.) gesucht.Adr. unter „Sang“ bis Sonntag mit Angabe d. Honorars i. d. Exped. d. Bl. erbeten. 459b
Speise-Leinöl frisch und garantiert rein, empfiehlt die Fabrik-Niederlage von M. Krüger, Skalitzerstr. 105. 400b
Nur 1 Mark.
Klagen, Eingaben, Reklamationen, Rath im Zivil- und Strafprozeß. Einziehung von Forderungen. Pollak, jetzt Raupachstr. 7, L. Auch Sonntags.
Meyer's Lexicon, sowie Bücher jeder Art, besonders größere Werke, kauft zu angemessenen Preisen
A. Hanneman, Kochstraße 56.

Berlin S. A. Schulz Berlin S.
34 Wasserthor - Straße 34. 160L
Möbel- und Polsterwaaren-Fabrik.
Gediegene Arbeit. Zeitgemässe Preise. Coulaute Zahlungsbedingungen.

Gratweil'sche Bierhallen
Kommandantenstr. 77—79.
Täglich:
Grosses Concert
mit Quartett-Sängern, ausgeführt von dem Musik-Direktor D. Sanstleben.
Wochentags: Frei-Concert. Sonntags Entrée 20 Pf.
Empfehle auch zugleich 5 Billards, Regelbahnen und einen Saal zu Vergnügungen und Versammlungen.
708 F. Sadtke.

Zur Einsegnung
Schwarze Cachemire gestreift und gemustert Stoffe zu billigen Preisen.
P. Kochmann, Alte Jakobstr. 86.

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren
191L empfiehlt
Julius Apelt,
Sebastian-Strasse Nr. 27—28.
Sol. Arbeit. Prompte Bedien. Bill. Pr.

Die Beleidigung, welche ich gegen Frau Knappe, Voelckstr. 45, gelhan, ist in Uebereinstimmung gesehen. Ich nehme die Worte zurück und erkläre dieselbe für eine ehrl. Frau. 440b
Engelhardt.

In erster Auflage erschien ein strammer Sozialdemokrat. 452b
O. Kallasch nebst Frau.
Reiterhandlung 1100L empfiehlt Karlo, Waldemarstr. 66.

Passage-Panopticum.
Unter d. Linden 22/23.
Knabe mit 2 Köpfen. Amerikanerin m. 25 cm langem Vollbart.
11—1 Uhr. 5—9 Uhr.

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren.
eigener Gr. Lager, bill. Preise.
Fabrik. Emil Heyn,
Brunnenstraße 28, Hof parterre. Theilzahlung nach Uebereinkunft.

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren.
Allen Freunden und Genossen zur Nachricht, daß ich mit dem heutigen Tage das **Tabak- und Cigarren-Geschäft** von Otto Kraker käuflich übernommen habe und bitte, das meinem Vorgänger geschenkte Vertrauen auf mich zu übertragen. Empfehle mein reichhaltiges Lager von Tabak u. Cigarren.
Hermann Schöncke, Wasserthorstr. 20.

Das Rechts-Bureau 401b eines königl. preuß. Amtsrichters a. D., **Alte Jakobstraße 102, II.**, erth. gewissen Rath u. Hilfe in allen Angelegenheiten. F. Unbenannt. unentgeltlich. Auch Sonntags.
Genosse verkauft Mehl- und Vorkost-Geschäft anderweitiger Uebernahme halb. Velle-Alliancestr. 55. 443b
Bereins-Saal u. -Zimmer 456b für Sonn- u. Wochentage zu haben Gipsstraße 3.
Ein Vereinszimmer mit Piano, auch als Zahlstelle passend, ist zu vergeben Raunaystr. 20. 450b
152 Schönhäuser Allee 152 15 kleine Wohnungen. 161L Stube u. Küche. — 3 Stuben u. Küche.

Arbeitsmarkt.
Ein fröh. Schriftf. sucht Stelle als Expedient, Korrektor oder Hilfsredakteur an einem Parteiblatt. Off. unter H. Z. an die Exped. des „Vorwärts“ erbeten. 168L
Dreßvergolder für Grat.-Karten, welche schon in Lugsapier-Fabrik gezeichnet haben, werden verlangt. Offerten nebst Angabe fröh. Thätigkeit und Lohnansprüche erbet. u. G. L. in der Exped. d. Bl. 454b
Schlosser auf Fahrräder gelbt, find. Beschäftigung Lindenstr. 78. 449b
Just & Hennig.
Schmiede. Tüchtige Feilbänker a. Bogenbau w. verl. Lützowstr. 109. 441b
Tsch. Silber-Presser verl. Sebastianstr. 20.
Fischer-Institut. Anfangsgr. frei. Reichenbergerstr. 43. 24b

Castan's Panopticum.
Jetzt: Friedrichstr. 165.
Neu:
Azteken.
Prof. Dr. R. Koch
im Laboratorium.
Öffnu. v. 9 Uhr früh bis 10 Uhr Abends. Entrée 50 Pf. Kinder 25 Pf.

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren.
A. Goldschmidt, Spandauerbrücke 6, am hiesigen Platz bekanntlich Größte Auswahl. Garantiert feher brennende Tabake. Streng reelle Bedienung, billige Preise! Sammlische im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt, Spandauerbr. 6, am Fache'schen Markt. 1746

Nur 1 Mark.
Klagen, Eingaben, Reklamationen, Rath im Zivil- und Strafprozeß. Einziehung von Forderungen. Pollak, jetzt Raupachstr. 7, L. Auch Sonntags.
Meyer's Lexicon, sowie Bücher jeder Art, besonders größere Werke, kauft zu angemessenen Preisen
A. Hanneman, Kochstraße 56.

Wohnungen v. 50 bis 70 Thaler Forsterstraße 51/52. 86 M
Wohnungen v. 50 bis 70 Thaler Forsterstraße 51/52. 86 M
Wohnungen v. 50 bis 70 Thaler Forsterstraße 51/52. 86 M
Wohnungen v. 50 bis 70 Thaler Forsterstraße 51/52. 86 M
Wohnungen v. 50 bis 70 Thaler Forsterstraße 51/52. 86 M

Platina-Abfälle jetzt Gr. 1, 20. 838 J
Linke, Neue Hochstraße Nr. 26, Berlin.
Freundl. Schläffl. Alte Jakobstr. 82, Hof 3 Tr. bei Hoffmann. 456b

Matthie's
elegante Masken-Garderobe, Pringelstraße 15, 2 Tr., empfiehlt seine eleg. sowie kostlichen Kostüme zu soliden Preisen. Zu Aufführungen für Vereine Kostüme zu billigsten Preisen.
Masken-Garderobe
erleicht zu den billigsten Preisen
150 J Verner, Schindstr. 8.

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren.
A. Goldschmidt, Spandauerbrücke 6, am hiesigen Platz bekanntlich Größte Auswahl. Garantiert feher brennende Tabake. Streng reelle Bedienung, billige Preise! Sammlische im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt, Spandauerbr. 6, am Fache'schen Markt. 1746

Wohnungen v. 2—3 Stuben m. u. ohne Badeg., Ballon, Erker, freier Aussicht, 4. 1. April zu verm. Friedenstr. 55, Gehaus. 163
Wohnungen v. 2—3 Stuben m. u. ohne Badeg., Ballon, Erker, freier Aussicht, 4. 1. April zu verm. Friedenstr. 55, Gehaus. 163

Wohnungen v. 50 bis 70 Thaler Forsterstraße 51/52. 86 M
Wohnungen v. 50 bis 70 Thaler Forsterstraße 51/52. 86 M
Wohnungen v. 50 bis 70 Thaler Forsterstraße 51/52. 86 M
Wohnungen v. 50 bis 70 Thaler Forsterstraße 51/52. 86 M
Wohnungen v. 50 bis 70 Thaler Forsterstraße 51/52. 86 M

Platina-Abfälle jetzt Gr. 1, 20. 838 J
Linke, Neue Hochstraße Nr. 26, Berlin.
Freundl. Schläffl. Alte Jakobstr. 82, Hof 3 Tr. bei Hoffmann. 456b

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

68. Sitzung vom 11. Februar, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: von Bötticher, von Malchahn, Aschenborn.

Ein Schreiben des Reichskanzlers, in welchem von dem Antrage der Staatsanwaltschaft in Hamburg auf Ertheilung der Ermächtigung zur strafrechtlichen Verfolgung des Abg. Meurer wegen Beleidigung des Reichstags Mittheilung gemacht wird, geht an die Geschäftsordnungs-Kommission.

Auf Vorschlag des Präsidenten wird die Wiederholung der Abstimmung über den Antrag Menzner, betreffend die Tabaksteuer, bei welcher sich gestern die Beschlussfähigkeit des Hauses ergab, angefordert. Der zu Beginn der Sitzung sehr schwach besetzte Saal einweilen ausgefüllt.

Der Rest des Etats der Zölle, Verbrauchssteuern und Aversen (Zuckersteuer, Brauweinsteuer, Salzsteuer, Brauksteuer) und der Etat der Reichs-Stempelabgaben werden ohne Debatte nach dem Antrage der Budgetkommission unversändert bewilligt.

Ueber einige am Montag angenommene handelsrechtliche Anträge betr. die Abstellung weiterer Erhebungen in Wahlprüfungs-Angelegenheiten nach geschäftsordnungsmäßig in der nächsten Sitzung nachmalige Abstimmung stattfinden. Auch diese Abstimmungen werden einweilen zurückgestellt.

Ueber die Petitionen des Vorstandes des Bezirksvereins der Hamburger Vorstadt zu Berlin und des Wahlvereins der d. s. h. freiwirtschaftlichen (Fortschritt-) Partei im 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis, betr. das Wahlgesez, wird ohne Debatte zur Tagesordnung übergegangen.

Die Petition des Vereins Berliner Agenten, welche das Rechtsverhältnis der kaufmännischen Agenten namentlich gegenüber den Austraggebern durch Zusatzparagrafen zum Handelsgesetzbuch normirt wissen wollen, wird ohne Diskussion dem Reichskanzler als Material zu der bereinstimmigen Revision des Handelsgesetzbuches übermiesen.

Abg. Scipio berichtet namens der Petitionskommission über verschiedene Eingaben betreffend den Zolltarif.

Ueber die Petition, betreffend den Zoll auf Holzstoff, Pappe u. s. w. wird Uebergang zur Tagesordnung ohne Debatte beschlossen.

Der Antrag der Kommission, auch über die Petitionen, welche den Zoll auf Lupferne Walzen zur Rattendruckeri betreffen, zur Tagesordnung überzugehen, wird vom Abg. Hulsch empfohlen; es sei jetzt noch nicht an der Zeit, eine allgemeine Revision des Tarifs ins Auge zu fassen, und außerdem hängen sich die Wünsche der Interessenten, welche den Zoll beseitigen und derer, welche ihn aufrecht erhalten wollen, schroff gegenüber.

Das Haus beschließt nach dem Antrage der Kommission.

Abg. Goldschmidt referirt namens der Petitionskommission über die derselben überwiesenen Eingaben, welche eine anderweitige Normirung des Zolles auf fertige Bauschleier-Arbeiten u. s. w. betreffen. Die Kommission empfiehlt auch hier Uebergang zur Tagesordnung, weil der Zeitpunkt des Ablaufs wichtiger Handels-Verträge immer näher rückt, und es somit nicht angemessen erscheint, in solchem Stadium an eine Aenderung des bestehenden Tarifs heranzutreten.

Das Gleiche wird von der Kommission bezüglich der Petitionen wegen Aenderung des Zolles auf Perlmutterknöpfe und der Petition des deutschen Fleischerverbandes wegen Aenderung des Zolles auf Häute, Felle und fertiges Leder beantragt.

Der Antrag der Kommission wird von den Abgg. Hulsch und Funck unterstützt. Das Haus beschließt den Anträgen der Kommission gemäß.

Es wird nunmehr die Abstimmung über den Antrag Menzner auf Vorlegung eines Gesetzes, durch welches die bestehende Tabaksteuer von 45 auf 24 Mark ermäßigt wird, vorgenommen. Dieser ergibt die Annahme des Antrags mit beträchtlicher Mehrheit. Zugewogen wird in der Montags-Sitzung angenommene Antrag Auer auf Ausdehnung der bezüglich der Wahl des Abg. Vorsch von der Kommission vorgeschlagenen Erhebungen heute abgelehnt.

Es folgt die Beratung des Antrages Stöcker: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, Maßregeln zu treffen, durch welche bei Festhaltung des Grundgesetzes der Parität das gleichzeitige Wirken von Missionaren verschiedener Konfessionen in denselben Bezirken der deutschen Schutzgebiete möglichst verhütet wird.

Antragsteller Abg. Stöcker: Evangelische und katholische Missionen gehen mit großem Eifer und großer Beharrlichkeit mit

der Gründung und Ausstattung von Missionsstationen vor. Das Interesse des Deutschen Reiches erfordert, daß Alles gethan wird, um den Missionen den Kampf mit gleichen Waffen und mit gleichen Mitteln zu gewährleisten. Da muß ich nun immer wieder beklagen, daß in ganz ungerechtfertigter Weise von Herrn von Wisman die evangelischen hinter die katholischen Missionen zurückgedrängt worden sind. Wenn auch Herr von Wisman nachher in der „Post“ seine Aeußerungen berichtigt hat, ist doch immer Vieles zurückgeblieben, was wir mit gutem Grunde als falsch, als auf mangelhafter Kenntniß beruhend abweisen müssen. Man hat uns vorgeworfen, daß wir nach dem Spruche ora et labora (bete und arbeite) verfahren, daß für uns das Arbeiten erst das Zweite sei, während die katholischen Missionen das labora (arbeite) voranstellten; ich glaube, kein echter Katholik darf sich eine solche Rangirung gefallen lassen. Durch gefaltete Ellenden wird in diesem Gebiete eine Missionsstation zuerst bevölkert, während man eine größere Einwirkung auf die erwachsenen Völker sich versagt, weil man weiß, daß mit diesem doch nicht viel zu machen ist. Mit dem bloßen Arbeiten sei auch nichts erreicht; man gelange wohl dazu, schöne Plantagen anzulegen; aber kann das einen vollen Erfolg bieten für die Unterweisung in der Lehre und im Glauben? Gewiß wird die Arbeit, welche die katholischen Stationen pflegen, auch ihre wohlthätige Wirkung üben, aber die schottischen und englischen evangelischen Missionsgesellschaften haben in dieser Beziehung gleichfalls sehr erfreuliche Ergebnisse aufzuweisen; ja, einige dieser Gesellschaften sind wesentlich Erwerbsgesellschaften. Für einen Reichskommissar war es nicht angängig, Urtheile in so einseitiger und unbegründeter Weise abzugeben. Meinen Antrag habe ich im vorigen Jahre dahin empfohlen, daß man die Interessensphären theilte. Nachdem einige Missionsgesellschaften sich dagegen ausgesprochen haben, beschränke ich mich auf den Wunsch, daß man nicht Missionen anderer Konfessionen zulasse, wo sich eine Mission schon festgesetzt hat, wo sie sich ausbreiten, zur Blüthe gelangen kann. Ich bin in dieser Beziehung nicht ohne Vorbehalt für Dar-es-Salaam; ich verweise außerdem auf die blutigen Vorgänge in Uganda, welche aus religiösen Zwistigkeiten hervorgingen.

Bundeskommissar Geh. Rath Kayser: Während früher nur von einer Abneigung der katholischen Missionsgesellschaften, an die Abgrenzung von Interessensphären einzugehen, Mittheilung gemacht worden konnte, hat heute der Antragsteller selbst schon zugegeben, daß auch auf evangelischer Seite eine solche Abneigung besteht. Gewiß ist eine koloniale Thätigkeit ohne die Mitwirkung der Missionsgesellschaften gar nicht denkbar; aber ihre Mitwirkung wird auch von der Regierung in jeder Weise gefördert und unterstützt. Es hat sich daraus ein sehr freundliches Verhältnis zwischen den Gesellschaften und der Kolonialverwaltung herausgebildet. Im Großen und Ganzen ist uns auch bisher eine Verständigung zwischen beiden Konfessionen gelungen; in dem einen Falle, wo der Reichskommissar eine evangelische Gesellschaft nicht wieder zuließ, nachdem die katholischen Benediktiner zugelassen worden waren, hat der Kommissar ganz eigenmächtig gehandelt, während im Uebrigen die Wirren des Aufstandes die Sache erklären und entschuldigen. Im Interesse der segensreichen Thätigkeit der Missionsgesellschaften und der zweckmäßigen Führung der Geschäfte der Kolonialverwaltung ist dringend zu wünschen, daß der Reichstag seine Beschlüsse fassa, die störend in das Verhältnis, wie es sich nun einmal gestaltet hat, eingreifen könnten.

Abg. Dr. Windthorst: Ich verlange für beide Bekenntnisse dort gleiche Freiheit in der Aktion und gleichen Rechtsanspruch. Ich wünsche jeder Konfession und jeder ihrer Missionen gleiche Erfolge; die Berücksichtigung der Wünsche des Antrags aber würde die Aktionsfreiheit gerade erschweren. Ich freue mich, daß neulich der Reichskanzler so klar und bestimmt ausgesprochen hat, daß die Grundzüge der Rongo-Alte auch in den deutschen Schutzgebieten zur Geltung kommen sollen wegen der freien Religionsausübungen; ich freue mich ebenso sehr über die heutigen anerkennenden Erklärung des Kommissars über die Wirksamkeit der Missionsgesellschaften und ihre Bedeutung für die Gewinnung unserer Kolonien. Früher wurde das nicht anerkannt, man wollte Alles mit Gewalt machen und setzte seine ganze Hoffnung auf materielle Erfolge. Diese erfreuliche Umkehr müssen wir deshalb doppelt begrüßen. Nur auf dem Wege der Freiheit, der wahren Freiheit können die großen Fragen gelöst werden, die uns beschäftigen; die Freiheit allein verbürgt die Lösung in erprießlichen Sinne. Sehen Sie nach Amerika, wo kein Schulzwang, kein kirchlicher Zwang herrscht. Weg mit derartigen

Schranken, wie sie der Abg. Stöcker aufrichten will; wer recht hat, wird auch recht behalten. (Beifall im Centrum.)

Die Diskussion wird geschlossen.
Abg. Stöcker: Weder Herr Geh. Rath Kayser noch Herr Windthorst haben das, was ich gegen Wisman gesagt habe, widerlegt oder auch nur gestreift. Ich bin aber bereit, meinen Antrag nach den Erklärungen des Ersteren zurückzunehmen. Ich bin durchaus ein Anhänger der Freiheit, die Herr Windthorst predigt; er soll aber diesen Grundgedanken der absoluten Geistesfreiheit an der Stelle zur Geltung bringen, wo es am nöthigsten ist, in Rom, wo einstweilen noch der Syllabus diesen Grundgedanken entgegensteht. (Zustimmung rechts; Unruhe im Centrum.)

Abg. Windthorst erklärt persönlich, daß es ihm im Rahmen einer persönlichen Bemerkung nicht möglich sei, auf alle die kleinen Vorbehalten der Schlussrede des Herrn Abg. Stöcker zu antworten (Weiterkeit); es werde sich aber Gelegenheit dazu finden.

Abg. Stöcker: Da der Präsident das Wort Vorheit nicht gerügt hat, muß ich doch dagegen protestiren. Ich habe nichts von Vorheiten gesagt; ich habe Thatsachen angeführt, die vielleicht dem Abg. Windthorst unangenehm sein können, weiter nichts. Wenn der Bericht über diese Verhandlung draußen bekannt werden wird, wird es doch sonderbar berühren, mich als Vertreter der Vorheit und Herrn Windthorst als den Vertreter des Standpunktes der süßen Liebe hingestellt zu wissen. (Weiterkeit.)

Der Antrag wird darauf vom Antragsteller zurückgezogen. Es folgt die Beratung des zweiten Antrages Stöcker: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, in erneute Ermüdung zu nehmen, ob und wie dem Handel mit Spirituosen in den deutschen Kolonien durch Verbot oder Beschränkung entgegenzutreten sei.

Antragsteller Abg. Stöcker: Der Antrag ist bereits einmal vom Reichstage fast einstimmig angenommen worden. Die Wirkung dieses Beschlusses ist aber nicht derartig gewesen, daß wirkliche Abhilfe veranlaßt worden ist. Die Zunahme des Brauweinkonsums in Kamerun und Togo ist durch authentische Berichte der dortigen Missionare außer Zweifel gestellt; in demselben Maße haben die erschreckenden Wirkungen dieses Konsums zugenommen. Die deutsche Handelswelt macht sich nach diesen Zeugnissen eines bösen Glückes Kulturarbeiter an den Eingeborenen schuldig, indem sie die Einfuhr der Spirituosen nicht einschränkt, sondern im Gegentheil ausdehnen trachtet. Es kommt dazu, daß unser Togogebiet der Schauplatz des stärksten Schummels des billigen deutschen Brauweins nach den englischen Kolonien ist, wo der Brauwein eine siebenfach höhere Steuer zu tragen hat. Dieser Umstand sollte allein schon die verbündeten Regierungen veranlassen, mit größerer Energie zu erwirken, ob solche Verhältnisse dem deutschen Namen wirklich zur Ehre gereichen. Bedauerlicher Weise hat gerade Deutschland neben anderen Mächten widersprochen, als die Frage des Verbots der Einfuhr von Brauwein international wurde. Ohne ein Radikalmittel werden wir von diesen Schatten-seiten unserer kolonialen Thätigkeit nicht loskommen. Dem Import von Brauwein, der überall in der christlichen Welt Aergerniß erregt, muß einmal gründlich auf den Leib gerückt werden. Auch alle englischen Kolonialbeamten verurtheilen den Schnaps-genuß gerade so, wie die angeführten Stimmen aus den Missionsgesellschaften.

Geh. Rath Kayser: Ein Beschluß des Bundesraths ist über den Antrag Stöcker im Jahre 1889 nicht herbeigeführt worden. In den Verhandlungen im Reichstage war der Wunsch internationaler Vereinbarung ausgesprochen. Auf diesem Wege sind wir vorgegangen, und das endliche Zustandekommen der Generalakte der Brüsseler Konferenz ist vorzugsweise den großen Bemühungen Deutschlands zu verdanken. Gegenüber diesem großen Verdienste der Regierung würde es doch nicht wesentlich darauf ankommen, ob in Nebenpunkten Deutschland differirte. England hat auch die Brauweineinfuhr nicht ganz verboten haben wollen, es wollte nur einen höheren Zollsatz. Wir haben dem widersprochen, um nicht das Ganze scheitern zu lassen. In Brüssel ist eine bestimmte Zone festgelegt, die für den Brauweinverkehr von Bedeutung sein wird. Einmal darf er dort, wo er noch nicht eingeführt ist, auch ferner nicht eingeführt werden; dort, wo er eingeführt ist, hat man sich über einen bestimmten Satz geeinigt, der in den ersten drei Jahren 15 Centimes beträgt, in ferneren drei Jahren bis auf 25 Centimes erhöht werden kann. In Ostafrika ist die Einfuhr von Brauwein an die Erlaubniß der Kommandanten geknüpft, nur Wein, Bier und Beermuth dürfen öffentlich verkauft werden. In Neu-Guinea und auf den Marshall-

Hedda Gabler

nennt Henrik Ibsen sein Schauspiel, das am Dienstag zum ersten Male im Vesting-Theater aufgeführt wurde. Der Dichter war anwesend und nahm nach jedem Akte für diese neueste Frauenstudie den Dank des vollen Hauses entgegen, nachdem der Beifall mit einiger Anstrengung in Fluß gebracht worden war. Den Familiennamen der Heldin sucht man in dem Personenverzeichnis vergebens, hier heißt sie Frau Hedda Tesman, und der Dichter, der sich mit den Jahren mehr und mehr ins Ausland verlegt, hat wohl schon dadurch andeuten wollen, daß Hedda nicht recht in den bürgerlichen Kreis paßt, in den sie durch ihre Ehe mit dem Privatdozenten der Kulturgeschichte, Jørgen Tesman, gerathen ist. Es ist dieses nur eine Vermuthung, denn bei Ibsen ist man stets mehr oder weniger auf Vermuthungen angewiesen, besonders aber da, wo es sich um die leuchtenden Beweismomente seiner Charaktere handelt. Hedda Gabler ist davon nicht frei und ebenso müssen wir manche Unwahrscheinlichkeit mit in den Kauf nehmen. Sie ist das anatomische Präparat eines Charakters, wie solche die vornehmen und mäßigen Gesellschaftskreise züchten, gleichsam zum Zwecke dafür, daß sie zum Wohle der Gesammtheit ausgemerzt werden müssen. Diese Ausmerzung vollzieht Hedda Gabler an sich selbst durch einen Pistolenschuß. Neu ist dieser Charakter in seinen Grundzügen nicht, seit den dreißiger Jahren spielen die Weiber, die von dem Zweifel des unerfüllten Erregungsbedürfnisses befallen sind, durch die gesammte Literatur. Ibsen überbietet alle seine Vorgänger auf diesem Gebiete aber darin, daß er keine Hedda Gabler aus dem tiefsten sittlichen Gefühl entleert, daß er den menschlichen Charakter zu einem Prinzip verdammt und dadurch unwahr wird. Hedda ist die mittellose zurückgebliebene Tochter des Generals Gabler, welche sich entschließt, als ihre Jugendblüthe zu wellen beginnt, unter ihren zahlreichen Verehrern den unbedeutenden, aber äusserst gutmüthigen Jørgen Tesman zu heirathen, weil er der Einzige ist, der ihr eine Aussicht wenigstens auf eine Verforgung bietet. Denn noch ist er erst Privatdozent, hat auf der Hochzeitsreise den Doktor gemacht, und die Hoffnung, daheim eine Professur zu erlangen. Wir hegen in dessen den Argwohn, daß auf ihre Wahl seine grenzenlose Gutmüthigkeit und Bücherwurm-Blindheit nicht ohne Einfluß war, ne ja schon ihr Freund, der Gerichts-rath Braa, bereitwillig die Mittel zur Einrichtung des jungen

Paars vorgeschossen hat. Hedda besitzt, wie sie von sich selbst sagt, nur das eine Talent: sich zu langweilen. Die Langeweile ist ihre Gefährtin auf der Hochzeitsreise gewesen und sie gähnt ihr nun dabei fürchterlich entgegen. Nicht minder fürchterlich ist ihr die Vorstellung, daß sie Kinder haben könnte. Der Vorschlag des Gerichtsraths Braa, die Lebensweise zu dreien in einem Koupee fortzuführen, findet daher bei ihr ein geneigtes Gehör. Da taucht jedoch ein früherer Aebter von ihr auf, der ihr nicht gleichgültig gewesen. Eilert Löwberg, der ebenfalls in Kulturgeschichte macht, ein dem Trunke verfallenes Genie, das eine Frau Elvsted gebeeft hat und mit deren Unterthänigkeit als Hilfsarbeiterin er nicht nur bereits ein Aufsehen machendes Werk veröffentlicht, sondern auch ein zweites, eine Kulturgeschichte der Zukunft, geschrieben hat. Diese Kulturgeschichte der Zukunft ist im Geiste Ibsen's, das muß man als bezeichnend für alle diese Dichter aus der Bourgeoisie festhalten, das Symbol der Erldung ihrer Klasse aus der moralischen Versumpfung. Und festhalten muß man ferner, daß das sittliche Bewußtsein der Bourgeoisie sich dadurch vollkommen geteilt sieht und dieser Abströmung härmisch Beifall klatscht. Wenn das moralische Bewußtsein dieser neuen Menschen nur so stark wäre, das es sie selbst aus dem Sumpf rettete! Das ist aber auch bei Eilert Löwberg nicht der Fall. Kaum tritt die Veruchung in Gestalt eines kalten Punsches an ihn heran, so unterliegt er ihr. Seine Verehrerin ist freilich seine ehemalige Liebe, die noch immer schöne Hedda. Der Gatte derselben muß ihn einladen, nachdem sie von ihrer Pensionfreundin Elvsted, die ihrem alten Ehemann durchgebrannt ist, deren Liebe zu Eilert erfahren hat. Und jetzt beginnt Hedda mit diesem ein entsehrliches Spiel. Sie nöthigt ihn, seiner Entzagung des Alkohols durch ein Paar Gläser Punsch unterzu werden und überredet ihn, mit ihrem Gatten an einem Trinkgelage, das der Gerichts-rath Braa veranstaltet, Theil zu nehmen. Nun der Tiger einmal Blut geleckt hat, betrinkt er sich, verliert unterwegs seine Kulturgeschichte der Zukunft aus der Tasche und endet bei einer sogenannten Sängern, mit der er früher ein Verhältnis gehabt hat, und die er jetzt beschuldigt, das inzwischen von ihm verfaßte Manuskript gestohlen zu haben. Es entsteht ein fürchterlicher Skandal, in den sich die Polizei einmischt. Löwberg fühlt sich durch den Rückfall in sein Väter tief ademüthigt und vollends vernichtet durch den Verlust seines Manuskripts. Es lohnt ihm nicht länger zu leben und Hedda drückt ihm eine Pistole ihres verstorbenen Vaters in die Hand, damit er sich selbst

tödtet. Aber Hedda's Gatte hat das Manuskript gefunden und ihr einstweilen in Verwahrung gegeben. Warum er es nicht sogleich dem Eigentümer wieder zugestellt hat, weiß der Dichter uns nicht überzeugend klar zu machen und das ist ein schwerwiegender Fehler, da auf diesem Umfande der unglückliche Ausgang des Schauspiels beruht, den der Dichter nur darum zu keinem wahrhaft tragischen gemacht hat, weil er sonst sein sittliches Richteramt an Hedda nicht hätte vollziehen können. Wenn Hedda aus Eifersucht das Verhältnis der Frau Elvsted zu Eilert zu zerreissen trachtet, so ist doch schwer zu verstehen, daß sie kein besseres Mittel weiß, als Eilert wieder der Trunksucht zu überantworten; es erscheint ebenso plump wie gemein und es ist eine starke Zumuthung, daß Hedda es wirklich als einen Beweis von Männlichkeit betrachte, daß Eilert sein der Nebenbuhlerin gegebenes Versprechen bricht, sich des Trunkens zu enthalten. Schreiet es schon über das Maß des Erregungsbedürfnisses hinaus, daß sie Eilert betrunken sehen will, was soll man erst dazu sagen, daß sie ihn zum Selbstmord treibt? Denn als Löwberg nach jener häßlichen Nacht zu ihr kommt, verschweigt sie ihm den Besitz des verloren gegangenen Manuskripts. Sie leckt in dieser feigen Zeit nach einem Beweise echten Mannesathes und Eilert soll ihn durch seinen Selbstmord liefern. Und dergleichen ausgefallene Motive bewundern die Verehrer Ibsen's als höchste Lebenswahrheit!

Eilert Löwberg nicht wirklich, aber nicht durch seine eigene Hand, wie Hedda glaubt. Wenn es ein Haupterfordernis des Dramas ist, daß in ihm für den Zuschauer alles klar und durchsichtig sein muß wie Glas, so stehen wir auch hier wieder auf eine jener Trübungen, die in den Werken Ibsen's so häufig vorkommen. Nach den Mittheilungen, die Gerichts-rath Braa über das Ende des unglücklichen macht, ist er nochmals zu der Sängern gegangen, vielleicht um einen letzten Versuch zu machen, sein Manuskript wieder zu erlangen. Darüber scheint es zwischen ihnen zum Streit gekommen zu sein, ob dabei die Pistole von selbst losgegangen, oder die Feme ihm die Waffe entzungen und ihn niedergeschossen habe, bleibt ungewiß. Auch hat er die tödtliche Wunde nicht in der Schläfe oder in der Brust, sondern im Unterleibe. Ein solch „unschönes“ Ende bezaunt Hedda aller ihrer verräthlichen Einbildungen von Mannes-muth und dergleichen schönen Dingen. Aber nicht genug. Die Polizei hat sich auch jetzt wieder hineingemischt und Braa eröffnet Hedda, daß sie die Pistole als Eigentum des

Inseln ist der Verkauf von Spirituosen an die Eingeborenen überhaupt untersagt. In Westafrika sind die Zustände noch nicht so wie wir sie wünschen, aber in Kamerun übersteigt der Zoll doch den Normalfuß, und dasselbe ist in Togo der Fall. Wir können keinen höheren Zoll auferlegen, ohne besondere Fürsorge gegen den Schmuggel zu treffen. Was gegen Togo anlässlich der Expedition gesagt wird, können wir mit Bezug auf Kamerun übrigens vollständig zurückgeben. In Kamerun sind wir auch deswegen nicht frei, weil wir mit der benachbarten französischen Kolonie einen Zollvertrag abgeschlossen haben. In Südwestafrika sind jetzt auch sehr bedenkliche Bestimmungen durch den Kommissar eingeführt worden. Hiernach wird der Reichstag überzeugt sein, daß wir uns fortgesetzt bemühen, Alles zu thun, was den schädlichen Einflüssen vorbeugen kann, die aus dem Brauntweinimport entstehen. Es wird aber von beiden Seiten unendlich abgetrieben. So ist nichts bewiesen worden von der im „Missionar“ im vorigen Sommer enthaltenen Behauptung, daß Kinder fast leblos vom Schnapsgegniß in die Missionen anhalten getragen werden müßten. Die ernstlichen Bemühungen der Regierung auf diesen Gebieten lassen natürlich einen durchgreifenden Erfolg erst allmählich erhoffen. Eine Statistik über den Ursprung des nach Afrika eingeführten Brauntweins würde sehr nützlich, aber auch sehr ungenau sein, sie würde gar keine sicheren Rückschlüsse erlauben.

Abg. Windthorst: Ich theile die Anschauung des Antragstellers über diesen Gebiete vollständig, meine aber doch, wir haben keinen Anlaß, nach den heutigen Mittheilungen des Bundeskommissars den Antrag so bald zu erneuern. Ich würde vorschlagen, mit Rücksicht auf die heute abgegebenen Erklärungen des Kommissars über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen.

Eine weitere Diskussion findet nicht statt.

Im Schlußwort erwidert
Abg. Stöcker dem Kommissar, daß sich thatsächlich nicht das Geringste in den ärgerlichen Zuständen des west- und südwestafrikanischen Distrikts geändert hat und bittet, seinen Antrag nicht durch Uebergehung zur Tagesordnung zu befähigen.

Abg. Roth kauft vorerst darauf, daß eine erhebliche Beschränkung oder gar Aufhebung des Brauntweinhandels eine plötzliche Handelsperre hervorgerufen geeignet sei.

Gemäß dem Antrage Windthorst geht das Haus über den Antrag Stöcker zur motivierten Tagesordnung über. Gegen den Antrag Windthorst stimmen die beiden Parteien der Rechten und die Sozialdemokraten.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Schluß 3/4 Uhr.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Gewerbeordnungsgesetz.)

Abgeordnetenhause.

30. Sitzung vom 11. Februar, 11 Uhr.

Am Ministertische: Miquel und Kommissarien.

Einziger Gegenstand der Tagesordnung ist die zweite Lesung des Entwurfs eines Einkommensteuer-Gesetzes.

Zur Debatte werden zunächst gestellt aus § 1 die Nummern 1, 2, 3, welche angenommen werden; danach sind steuerpflichtig 1. alle preussischen Staatsangehörigen, mit Ausnahme a) derjenigen, welche, ohne in Preußen einen Wohnsitz zu haben, sich in einem anderen Bundesstaate oder in einem deutschen Schutzgebiete aufhalten, oder welche neben einem Wohnsitz in Preußen in einem anderen Bundesstaate oder in einem Schutzgebiete ihren dienstlichen Wohnsitz haben; 2. die Angehörigen anderer Bundesstaaten, welche in Preußen wohnen und 3. diejenigen Ausländer, welche in Preußen sich des Erwerbes wegen länger als ein Jahr aufhalten.

Nr. 4 des § 1 betrifft die Besteuerung der Aktiengesellschaften und der Konsumvereine; letztere werden besteuert, wenn der Geschäftsbetrieb über den Kreis seiner Mitglieder hinausgeht; Konsumvereine, welche einen offenen Laden haben, unterliegen jedenfalls der Einkommensteuer.

In Verbindung hiermit wird beraten die Vorschrift über die Berechnung des steuerpflichtigen Einkommens der Aktiengesellschaften (§ 9 III der Regierungsvorlage bzw. § 18 der Kommissionsbeschlüsse), wonach als Einkommen gelten die Ueberschüsse, welche an die Mitglieder vertheilt werden unter Hinzurechnung der zur Tilgung von Schulden oder Kapital, zur Verbesserung oder Geschäftserweiterung, sowie zur Bildung des Reservefonds verwendeten Beträge, jedoch nach Abzug von 3/2 v. H. des Aktienkapitals.

Der **Abg. Brömel** (Df.) beantragt die Streichung von Nr. 4 bzw. die Vorschrift, wonach Konsumvereine mit einem offenen Laden der Bestimmung unterliegen sollen, zu streichen, während **Abg. Wegner** (Df.) beantragt, Konsumvereine, die einen offenen Laden, Magazin oder Lager haben, zu besteuern.

Für diesen Antrag tritt **Abg. Juchacz** (Df.) ein, welcher ausführt, daß die Konsumvereine oft großen Geschäftsumfang haben und die Geschäftsleute erheblich schädigen durch ihre Konkurrenz.

Abg. Schmieding (natl.) beantragt, von den Einnahmen der Aktiengesellschaften nicht 3/2 v. H. des Kapitals in Abzug zu bringen, sondern den Aktionären zu gestatten, bei Berechnung ihres persönlichen Einkommens den Betrag der Dividenden in Abrechnung zu bringen.

Abg. v. Jellitz (Df.): Er werde mit seinen Freunden gegen alle Anträge stimmen, welche die Konsumvereine noch weiter

Generalis Gable erkannt habe und Hedda vor Gericht es erklären werde müssen, wie Hedda zu der Waise gekommen sei. Dieser Gedanke ist für Hedda fürchterlich und sie gibt Brack zu verstehen, der die Sache vertuschen will, daß Eilert das Pistol nicht gestohlen habe. Damit giebt sie sich aber in die Gewalt Brack's, der längt auf ihren Besitz kiffert ist, und da sie keine Befriedigung ihres Ansehensbedürfnisses vom Leben mehr zu erwarten hat, so erschießt sie sich selbst mit der zweiten Pistole ihres Vaters. — Es ist also wieder eine Krankheitsgeschichte, die Ibsen in diesem Schauspiel erzählt, und wenn die Bourgeoise der moralischen Verkommenheit und Geisteskrankheit ihrer eigenen Klasse Beifall klatscht, so können wir ja damit zufrieden sein. Sie gräbt sich eben ihr eigenes Grab. Uebrigens war der Beifall ein mehr oder weniger erzwungener. Der zu einer Tendenz abgefallene Charakter Hedda's, so vorzüglich ihn Frau Anna Haverland darstellte, wie auch die unbedeutende Frau Elvsted, in deren Hülle Fräulein Viki Petri sich nicht recht beglücklich zu fühlen schien, vermochten das Publikum nicht sehr zu erwidern, auch wirkte Ibsen's französische Manier, aufstark der Handlung nur deren Erzählung zu geben, recht ermüdend. Diese Ermüdung macht sich besonders in der Einleitung und in der ersten Hälfte des vierten Aktes geltend. Kann man die Charakterzeichnungen Ibsen's aus den vornehmsten Gesellschaftskreisen nicht als gelungen bezeichnen, so verdienen die aus dem bürgerlichen Kreise, wie die des Privatdozenten Jörgen Lesmana und dessen Zante, Fräulein Juliane Lesman, die Hedda gegenüber die aufopferndste Menschenliebe vertritt, alles Lob und wurden auch von Herrn Eugen Slägemann und Frau Louise von Bölling zur vollen Befriedigung durchgehelt. Das verdammte Genie Eilert Sobberg ist vorzüglich gezeichnet und war ein Meisterstück der Darstellung, von Herrn Adolt Klein. Wie alle heutigen Dichter der herrschenden Klasse ist auch Ibsen nur negativ, nur zerlegend und kann nicht anders sein; denn es fehlt der Welt, die der Spiegel seiner Zeichnungen zurückwirft, die schöpferische, Neues erzeugende Idee. Der Quell derselben dringt eben in anderen Regionen zu Tage. Die Bourgeoise kann höchstens von einer Kulturgeschichte der Zukunft träumen, welche der böse Zufall nicht einmal zum Druck gelangen läßt. Die Kulturgeschichte der Zukunft zu einer Wirklichkeit zu machen, ist die Aufgabe der Sozialdemokratie.

R. Sch.

besteuern wollen. Bezüglich der Aktiengesellschaften würde es Niemand verfehlen, wenn sie steuerfrei bleiben sollten; es ist allerdings dabei eine gewisse Doppelbesteuerung nicht zu vermeiden.

Abg. Simon-Waldenburg (natl.) beantragt, die Vorschriften über die Besteuerung von Aktiengesellschaften u. s. w. überhaupt zu streichen. Während sonst das Gesetz ganz gut gearbeitet sei, sei diese Bestimmung durchaus unparachierbar, und wenn dieselbe im Gesetz bleibe oder nicht durch Änderungen wesentlich abgeschwächt würde, würde er möglicherweise geneigt sein, gegen das ganze Gesetz zu stimmen. Denn dadurch würde eine Doppelbesteuerung eingeführt, die viel Unzufriedenheit hervorzurufen würde. In anderen Staaten, welche eine der neuen Einkommensteuer ähnliche Steuer haben, besteht keine Besteuerung der Aktiengesellschaften, oder wo eine solche besteht, besteht keine Gewerbesteuer oder es wird die Einnahme aus Dividenden bei dem Privateinkommen nicht besteuert. Besonders aber würde unter der Besteuerung der Aktiengesellschaften die Gründung von Aktiengesellschaften für Familiengründungen gehindert werden. Bei großen Aktiengesellschaften, namentlich bei Bergwerksgesellschaften kann es dahin kommen, daß das Einkommen dreifach und vierfach versteuert wird, ehe es an die eigentlichen Nutznießer kommt. Die Zusammenfassung des Kapitals in der Form von Aktiengesellschaften ist nothwendig, wenn Deutschland konkurrenzfähig bleiben soll auf dem Weltmarkte. Wirtschaftlich ist es bedenklich, hier irgendwie hindernd in den Weg zu treten. Man sagt nun freilich, das ausländische Kapital, welches in unseren Aktiengesellschaften angelegt ist, könne nur durch Besteuerung der Aktiengesellschaften selbst getroffen werden. Aber das ist nicht richtig. Das ausländische Kapital könnte sonst in Deutschland nur bei den Staatsschulden Verwendung finden. Viel besser ist es aber, daß es in den Aktiengesellschaften verwendet wird und dadurch unsere Erwerbsthätigkeit fördert. Die Regierung hat andere Gesetzgebungen nachgesehen, so zum Beispiel das sächsische Einkommensteuer-Gesetz. Es hat jede sächsische Maßregel genau kopirt; aber alle die Vorschriften, welche für den Steuerzahler in den betreffenden ausländischen Gesetzen enthalten sind, hat sie übersehen. Wenn fremde Muster nachgeahmt werden sollen, dann müßte dies auch in Bezug auf diesen Punkt geschehen. Mindestens sollte man die Privathaus-Gesellschaften von der Besteuerung freilassen.

Abg. v. Hammerstein (L.): Bei einem großen Gesetze kann man nicht alle Einzelheiten berücksichtigen, wenn man dabei nicht die großen Gesichtspunkte aus den Augen verlieren soll. Der Vergleich mit anderen Ländern trifft nicht zu; jedes Steuersystem müsse ein historisch gewachsenes sein, es könne nicht ein System von einem Staate ohne weiteres auf einen anderen übertragen werden. Die Doppelbesteuerung des Grundbesitzes kann man mit der Doppelbesteuerung der Einnahmen aus Aktiengesellschaften nicht vergleichen. Wenn Sie den Grundbesitzern die Abschreibung der Schulden gestatten und 3/2 v. H. der Kapitalsteuer freilassen, dann wird kein Grundbesitzer mehr über den Druck der Grundsteuer klagen. Die Aktiengesellschaften haben durchschnittlich 3,61 v. H. Dividenden ergeben nur dadurch, daß sie eben in der Form der steuerfreien Aktiengesellschaften arbeiten können; ein Einzelner hätte einen solchen Gewinn nicht erzielt. Wirtschaftlich und sozial ist aber die Form der Aktiengesellschaft nicht unbedenklich. Wo Streiks ausbrechen, da sieht man überall, daß der einzelne Unternehmer leichter mit seinen Arbeitern fertig wird, als die Aktiengesellschaft. Für große Unternehmer ist die Form der Aktiengesellschaft nicht zu entbehren, aber die Tendenz geht dahin, auch für kleine Unternehmungen Aktiengesellschaften zu gründen, wie das stetige Herabgehen des durchschnittlichen Grundkapitals ergibt. Das ist bedenklich, weil dadurch die kleinen Leute vertrieben werden, kleinen Aktiengesellschaften sich zuzuwenden, bei denen sie näher ihr Kapital verlieren.

Abg. Brömel (Df.): Wenn eine Steuererhebung historisch wachsen soll, dann darf von einer Besteuerung der Aktiengesellschaften keine Rede sein, denn die preussische Gesetzgebung kennt diese Besteuerung gar nicht. Daß die Aktiengesellschaften irgendwelche Vorrechte oder Vortheile haben, ist nicht richtig; neben den großen Aktienbanken bestehen große Kapitalisten, welche ebenso gute Geschäfte machen. Es ist ein Unfug, dem Aktienkapital eine größere Kraft zuzuschreiben, als dem Einzelkapital. Auch in der Regierungsvorlage findet sich eine, ich will sagen, theoretische Abneigung gegen die Aktiengesellschaften. Diese Form des Betriebes mag ja manche Fehler haben; aber wenn man diese Fehler beseitigen will, so kann dies nicht durch die Steuererhebung geschehen, sondern nur dadurch, daß man die Formen der gesellschaftlichen Unternehmungen verbessert, wie dies der **Abg. Hammerstein** mehrfach angeregt hat. Das Beste ist, die Dividenden bei den Aktiengesellschaften steuerfrei zu lassen und sie bei denjenigen zu besteuern, bei welchen sie überhaupt wirklich eine Einnahme bilden. Die eigentlichen Dividenden müßte man bei den Aktionären treffen, höchstens könnte man die Rücklagen zum Reservefonds bei den Aktiengesellschaften selbst besteuern. Redner wendet sich dann gegen die Besteuerung der Konsumvereine; es läßt sich gar nicht feststellen, ob Konsumvereine an Nichtmitgliedern verlaufen oder nicht. Die Mitglieder können für gute Freunde und Bekannte Waaren beim Konsumverein kaufen. Auch Klubs und Kasinovereine kaufen Luxusartikel gemeinsam ein, zum Beispiel Wein, und geben ihn an ihre Mitglieder ab, ohne dabei zu kontrolliren, ob nicht vielleicht auch Nichtmitglieder einen Vortheil davon haben. Die Gegner der Konsumvereine sind zum größten Theil auch Gegner des Zwischenhandels, den die Konsumvereine gerade verdrängen wollen. Die Gegner der Genossenschaften wollen nur für sich einen Vortheil heraus schlagen und vergessen dabei, daß diese Genossenschaften die beste Form der Vereinigung für die kleinen Handwerker u. s. w. sind, die man am allerwenigsten durch Steuern behelligen sollte.

Abg. Blech (Zentr.) beantragt, alle Konsumvereine zu besteuern.

Abg. v. Quene (Zentr.): Ich bin ein entschiedener Freund der Genossenschaften, aber wir haben die Verpflichtung gegenüber den ansehnlichen der Genossenschaften stehenden selbständigen Handwerkern, den Genossenschaften keine Vorrechte zu geben. Sie sollen ihre Einkommensteuer bezahlen wie jeder Handwerker und Gewerbetreibende. Für die Vereinerung der Aktiengesellschaften bietet der Kommissionsbericht das hinreichende Material zur Beurtheilung. Die Herren, welche die Steuerfreiheit der Aktiengesellschaften befürworten, würden, wenn man die Einnahmen der großen Aktiengesellschaften vorführt, für ihre Anträge wenig Entgegenkommen finden. Der Antrag Wachenbach geht von einem ganz richtigen Grundsatze aus, aber er enthält doch noch eine Doppelbesteuerung; denn es sollen nur diejenigen von der Steuer befreit werden, bezw. dieselbe zurückerhalten, welche den Besitz der Aktien für die Dauer eines ganzen Jahres vor der Veranlagung nachweisen. Und wie soll der Nachweis gebrucht werden, daß dem oder jenem Aktionär die Steuer zurückerhalten werden kann. Eine Doppelbesteuerung wird auf die Dauer nicht bestehen bleiben. Denn die Belastung der Aktiengesellschaft wird bald im Kurs der Aktien hervortreten, und wer dann noch Aktien kauft, weiß, welche Lasten der betreffenden Gesellschaft obliegen. (Zuruf links: Ganz wie bei der Grundsteuer!) Der Vergleich mit der Grundsteuer ist nicht zutreffend. Die Grundsteuer ist eine Bruttosteuer, die Einkommensteuer ist eine Nettosteuer. Deswegen bitte ich, bei den Kommissionsbeschlüssen stehen zu bleiben.

Abg. von Gzarlinski (Polk) hat Bedenken gegen die Besteuerung der Konsumvereine.

Abg. Caneccerus (natl.) erklärt sich für die Besteuerung der Konsumvereine mit offenem Laden, weil zwar nicht nothwendig sei, daß diese über den Kreis ihrer Mitglieder hinausgehen, weil aber bei ihnen die Gefahr am ersten nahe liegt, daß sie keine genügende Kontrolle über den Verkauf ausüben können. Die Aktiengesellschaft ist gebildet von einzelnen Personen, um zu erwerben, nicht für sich selbst, sondern für die Aktionäre. Deshalb ist es ungerath, die Einnahmen erst bei der Aktiengesellschaft und nachher bei den Aktionären zu versteuern. Die

Aktionäre sind die Gläubiger der Aktiengesellschaften, welche von diesen die Dividenden zu fordern haben. Wenn man dieses Verhältnis zu Grunde legt, dann müßten die Aktiengesellschaften nur von den Rücklagen zum Reservefonds, von den Schuldentilgungen und den Verbesserungen des Unternehmens besteuert werden, aber nicht von den Dividenden. Daß der Besitzer eines großen Aktienkapitals nach dem Antrage des Herrn von Wachenbach steuerfrei wird, ist nicht richtig; die Steuer für ihn wird ja bei der Aktiengesellschaft erhoben. Wenn Herr v. Quene ausführt, daß die Doppelsteuer verschwinden würde, indem der Kurs der Aktien heruntergeht wegen der neuen Belastung der Gesellschaft, so zeigt dies die Ungerechtigkeit der Doppelbesteuerung, weil die jetzigen Besitzer der Aktien dadurch einen Kapitalverlust erleiden. Redner empfiehlt dann seinen besonderen Antrag, bei Kommanditgesellschaften den Antheil der Einnahmen, welcher dem persönlich haftenden Gesellschafter zufällt, von der Aktiensteuer frei zu lassen; sonst würde eine große Ungerechtigkeit entstehen. Selbst wenn der Antrag Schmieding oder Wachenbach nicht angenommen würde, könnte dieser Antrag angenommen werden, zumal er ohne jede Anergie durchgeföhrt werden kann.

Finanzminister Miquel: Daß in der Besteuerung der Aktiengesellschaften und der anderen juristischen Personen eine Doppelbesteuerung liegt, kann ich nicht zugeben, wie ich dies schon früher ausgeführt habe. Die Aktiengesellschaften, die Kommandit- und Bergwerks-Gesellschaften und Genossenschaften sind juristische Personen neben den physischen Personen. Man sagt, das Eigenthum der Aktiengesellschaften ist Eigenthum der Aktionäre. Herr Simon hat ein für mich günstiges Beispiel gewählt: er wünscht ausländisches Kapital bei uns angelegt zu sehen. Der ausländische Aktionär ist steuerfrei von seinem Einkommen aus der Aktiengesellschaft und die Aktiengesellschaft ist jetzt auch steuerfrei. Wenn ein großes Gut von einer Aktiengesellschaft übernommen wird und die Aktionäre wohnen im Auslande, so verliert der preussische Staat seine Steuererträge. Das ist die bedenkliche Seite der jetzigen Steuerfreiheit der Aktiengesellschaften. Kaum ein Gesetz wird so viel Milderungen aufweisen, wie unsere Vorlage. Die Befreiung der Einnahmen unter 900 M., die Degression der Steuerhöhe, die Berücksichtigung der individuellen Verhältnisse u. s. w. können die anderen Gesetze nicht; ebensowenig die Vermeldung der zwangsweisen Deklaration des Einkommens der Arbeiter seitens der Arbeitgeber. Wenn der Abzug von 3 v. H. des Aktienkapitals bei den Aktiengesellschaften gestatet wird, so ist das kein Streben nach Fiskalität, sondern eine billige Berücksichtigung der Verhältnisse. Die andern deutschen Einzelstaaten sind schließlich zu der Besteuerung der Aktiengesellschaften gekommen, ohne daß Abzüge gestatet worden sind. Wir leben mit den übrigen deutschen Staaten in einer wirtschaftlichen Gemeinschaft und es hat ein gewisses Interesse, die Produktionsbedingungen in Deutschland gleichartig zu gestalten. Die Anträge, welche eine Abrechnung der Steuer bei den Aktien-Inhabern zulassen wollen, stehen auf dem Boden, daß eine Doppelbesteuerung vorliegt. Wer diese Doppelbesteuerung nicht annimmt, kann diesen Anträgen nicht zustimmen. Die Erhöhung des steuerfreien Ertrages der Aktiengesellschaften von 3 auf 3 1/2 v. H. halte ich nur für nothwendig, wenn das Haus die von der Kommission vorgeschlagene Erhöhung des Steuerfußes auf 4 v. H. für die Einnahmen über 100 000 M. annimmt. Die Genossenschaft werden ebenso behandelt werden müssen, wie die Aktiengesellschaften; es sind nur verschiedene Formen für die Zusammenfassung des Kapitals. Wenn man durch die Steuer-Verhältnisse nicht in die Produktion eingreifen soll, so darf man die Genossenschaft nicht anders behandeln als die Aktiengesellschaften. Von der Steuer wird die Thätigkeit der Genossenschaft nicht berührt. Die Konsumvereine werden durch die Steuer ebenfalls nicht berührt werden; jeder Konsumverein hat es ja in der Hand, jeden Verdienst durch Herabsetzung der Preise zu vermindern. Aber wir müssen großen Kreisen des Volkes das Gefühl nehmen, daß der Staat die Genossenschaften, ihre Konkurrenten, privilegierte Konsumvereine, die einen offenen Laden haben, werden jetzt schon zur Gewerbesteuer herangezogen; es liegt darin ein gewisses Kriterium dafür, daß wirklich ein Gewerbebetrieb vorliegt. Es ist die Doppelbesteuerung des Grund- und Bodens angeführt worden. Die Grund- und Gebäudesteuer und die Gewerbebesteuer werden bemängelt nicht wegen der Doppelbesteuerung, sondern wegen der Bruttobesteuerung, welche die Reform beseitigen soll. Von einer wirklichen Analogie kann keine Rede sein. Daß die Kurse der Aktien heruntergehen wegen der Besteuerung der Aktiengesellschaften, weiß ich nicht, aber ich glaube, nach einer kleinen Reihe von Jahren wird man das Gefühl der Ungerechtigkeit der Doppelbesteuerung, von dem jetzt so viel gesprochen ist, nicht mehr haben. Die Freilassung der Aktiengesellschaften wird große Kreise des Volkes in ihrem Gerechtigkeitsgefühl verletzen; die Besteuerung wird auch gewisse Kreise verletzen; da entscheidet das Interesse des Staates. (Zuruf Richter's: Fiskalität im äußersten Maße!) Ja, Fiskalität! Früher wollte man jedes Eindringen in die Verhältnisse des Einzelnen vermeiden, jetzt will man im Interesse der Gerechtigkeit eindringen in die Verhältnisse, um das Mehrerkommen an Einkommensteuer zur Erleichterung zu verwenden. Das Mehr von den Aktiengesellschaften fließt den Kommunen zur Erleichterung zu. Der Staat hat von dieser Mehreinnahme überhaupt keinen Vortheil. Herrn Richter's Unterbrechung, daß der Fiskus etwas davon hätte, trifft also durchaus nicht zu. Der Vorschlag der Regierung ist ein vermittelnder bezüglich der Aktiengesellschaften; ich halte diesen immer noch für das Beste. (Beifall.)

Abg. Schmieding (natl.): Die Aktiengesellschaften haben kein eigenes Einkommen, sie sind durch Gesetz verpflichtet, ihren Aktionären die Einnahmen zuzuföhren. Wenn die Einnahme bei der Aktiengesellschaft und bei den Aktienbesitzern besteuert wird, so wird nicht nur die Einnahme aus Dividenden doppelt besteuert, sondern dazu tritt auch noch die Kommunalsteuer, für welche die Staatssteuer der Grundlage bildet. Allerdings lassen sich die Einnahmen an der Quelle besser besteuern, und bei der Besteuerung der Aktiengesellschaften werden auch die ausländischen Aktionäre getroffen; deshalb habe ich meinen Antrag gestellt, der fast wörtlich dem Weimari'schen und Hessischen Gesetz entnommen ist, und sich dort bereits bewährt hat.

Abg. Graf Limburg-Sturum (L.): Ich stimme vollständig mit dem Finanzminister überein, daß die Aktiengesellschaften nicht von der Steuer frei bleiben dürfen. Wir werden gegen alle Abänderungsanträge stimmen.

Abg. Krause (natl.): Dem thut die Steuer weh, die der Aktiengesellschaft auferlegt wird? Der Aktiengesellschaft nicht, sondern den Aktionären, denen ihre Dividenden durch die Steuer gekürzt wird. Der einzige Grund, der durchschlagend ist, ist die Heranziehung der ausländischen Aktionäre. Aber einmal brauchen wir die ausländischen Kapitalisten und zweitens wird durch die Maßregel das einheimische Kapital doppelt betroffen, um das ausländische einmal zu treffen. Wenn bei der Deklaration das Einkommen auch aus Dividenden von Aktiengesellschaften angegeben werden soll, dann braucht man die Aktiengesellschaften selbst nicht heranzuziehen. Durch die Besteuerung verleiht man übrigens dazu, das Grundkapital der Gesellschaft möglichst niedrig zu nehmen, und dafür Gelder durch Obligationen aufzubringen. Eine solche unwirtschaftliche Entwicklung sollte man nicht begünstigen.

Darauf wird um 3/4 Uhr die weitere Debatte auf Donnerstag 11 Uhr vertagt.

In der Wahlprüfungskommission wurde in der gestrigen Sitzung die Wahl des Abgeordneten Stöckel (Offen) für gültig erklärt. Ueber die Wahl des Abgeordneten Günther (S. Werneburg), gegen welche ein sehr umfangreicher Protest des sozialdemokratischen Wahlkomitee's vorliegt, wurde die Entscheidung vorläufig vertagt, da eine Nachprüfung der für gültig erklärten Stimmzettel nöthig ist.

Lokales.

Zur Dänenleberei. Unser neuerlicher Artikel hat mehrere Zuschriften an uns veranlaßt, von denen wir den hauptsächlichsten Inhalt mitteilen wollen.

Die sämtlichen Dänenleber sind durch Mißgunst der Verhältnisse stellunglos geworden. Als Kommiss und Lehrling schon hinter dem Dänentisch mit Dänen beschäftigt, betreiben dieselben aus Noth die Leberei geschäftsmäßig. Nachdem diese Leute durch Ausdauer und möglichste Einschränkung ihrer Bedürfnisse eine bescheidene Existenz gefunden zu haben glaubten, versuchten sie durch größten Fleiß es später zu einem höheren Verdienst zu bringen. Wenn man bedenkt, daß es früher für einen Zentner (4-5000 Stück) 3 M. Lohn gab und heute pro Zentner (8-9000 Stück) der Preis auf 2-2,50 M. reduziert ist, so läßt sich das Resultat kurz zusammenfassen: für die gleiche Arbeitsleistung wird nur noch ein Viertel des früheren Lohnes bezahlt. Was das Papiergeschäft in der Straußbergerstraße betrifft, so ist dasselbe längst von den Arbeitern gemieden worden, da der betreffende Inhaber, ein gelernter Schlosser, stets die niedrigsten Preise gezahlt hat, und seine Frau jedem Arbeiter, und sei er noch so alt, stets mit ihr und auch titulierte. Vor gar nicht langer Zeit, als eine Arbeiterin über den geringen Preis redete, bemerkte die Dame: „Nicht allein, daß man dem Arbeiter Arbeit giebt, wofür er einem doch dankbar sein müßte, muß man auch noch für denselben etwas zur Krankenkasse bezahlen“.

Zu verwundern bei der ganzen Sache ist nur das Eine, daß die Straßbergerstraße beinahe 100 pCt billiger arbeitet als die Straßbergerstraße. Daß die Preise in der Dänenfabrikation so herunter sind, daß bei einer Arbeitszeit von 18-14 Stunden der Arbeiter im Durchschnitt nur 10-12 M. pr. Woche verdient, erklärt sich hauptsächlich dadurch, daß wir unter den Arbeitern noch sehr viele haben, die freimüthigen Arbeitervereinen angehören und für die gegenwärtige Arbeiterbewegung kein Verstandnis haben.

Eine weitere Erklärung findet sich darin, daß z. B. eine in der Koppentstraße befindliche Leberei nur schulpflichtige Kinder beschäftigt, die pro 1000 Stück 12-13 Pf. Lohn erhalten. Diese Kinder arbeiteten mitunter bis Abends spät, ja sogar in die Nacht hinein, wie die gerichtliche Verhandlung ergab, welche eine Verurteilung des Arbeitgebers zur Folge hatte.

Von Herrn Richter's Verlegenheit wiederum eine Probe: Herr Richter findet das Anerkenntnis, daß die Sozialdemokratie den Untergang des Kleinbetriebes beschleunigt wünscht, um so werthwürdiger, als die Sozialdemokratie ja nicht wisse und „auch absolut nicht wissen will, was im sozialen Zukunftsstaat an die Stelle des Kleinbetriebes gesetzt wird“. Der Mann muß seine Leser für noch unwissender halten, als er selbst ist; sonst könnte er nicht eine solche Behauptung aufstellen, von der ihm jeder etwas Besessene sagen kann, daß das Gegentheil davon wahr ist. Ferner nennt Herr Richter die „Vorstellung“, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit eine Erhöhung der Löhne herbeiführen werde, „naiv“. Wir hatten ja vorausgesetzt, daß er auch in diesem Punkte widersprechen würde. Denn wir wußten, daß Herrn Richter nicht bloß die sozialökonomischen Theorien („Vorstellungen“ nennt er sie), sondern auch die Thatfachen unbekannt sind. Diese zeigen, daß hohe Löhne und kurze Arbeitszeit, sowie niedrige Löhne und lange Arbeitszeit regelmäßig Hand in Hand gehen.

Die Koch'sche Lymphe hat jetzt einen offiziellen Namen erhalten. Die von Dr. Libbergh verordneten Flüssigkeiten, welche die Original-Lymphe enthalten, tragen nämlich alle seit Kurzem die Inschrift: „Tuberculin“. Die anderen Heilmittel analoge Vorbildung bedeutet also nach dem pharmazeutischen Sprachgebrauch, daß wir es mit einer Substanz zu thun haben, die aus Tuberkeln oder Tuberkelbazillen auf chemischem Wege hergestellt ist, was mit der von Koch jüngst erfolgten Veröffentlichung der Zusammenfassung seiner Lymphe übereinstimmt. Eine frühere Namensnennung des Mittels durch Koch mußte demnach sofort auf der Charakter der Flüssigkeit ein Licht geworfen haben. Offenlich verständigend jetzt die von Prof. Rosenthal in Breslau gegebene unverstänbliche Bezeichnung Kochin, um dem wahrscheinlich von Koch selbst gebildeten „Tuberculin“ Platz zu machen.

Die so sehulichst gewünschte und höchst notwendige Verbindung des Nordens mit dem Süden, des Weddings mit dem Kreuzberg, durch eine Pferdebahn ist, außerdem Vernehmen nach, in eine erfreuliche Nähe gerückt. Augenblicklich sollen Verhandlungen zwischen den betr. Hauseigentümern und der Großen Berliner Pferdebahn-Gesellschaft Schweden behufs Verlängerung der Kanonierstraße von der Behrenstraße bis zur Straße Unter den Linden. Die neue Linie würde an die Gasse in der Friedrichstraße oberhalb der Weidendamm-Brücke anschließen, diese überschreiten, das Reichstagsufer und die Neustädtische Kirchstraße durchlaufen, die Kanonier- und Mauerstraße bei der Zimmerstraße wieder in die Friedrichstraße hineingehen. Die Wagen von Südost und Süd sollen, soweit sie nicht bis zu dem alten Haltepunkte in der Behrenstraße geführt werden, von der Charlottenstraße aus die Franzosenstraße bis zur Kanonierstraße durchlaufen. — Welche außerordentliche Wichtigkeit eine Verbindung des Nordens mit dem Süden durch eine Pferdebahn hat, ist oft genug betont worden; ihre Bedeutung würde aber durch die bezeichnete Linie noch wachsen, da dieselbe den Bahnhof Friedrichstraße unmittelbar berührt und an einer großen Anzahl Hotels und öffentlicher und privater Institute mehr oder minder nahe vorüberfahren würde.

Ein Brand Ruppinerstr. 28, zu welchem die Feuerwehr am Montag Abend kurz nach 8 Uhr alarmirt wurde, vernichtete einen gerungen Vorrath Stroh, welches in einem Wirtschaftskeller lagerte. Hieraus folgte kurz vor 8 Uhr eine Alarmierung nach Kottbuserstr. 8, woselbst in einer Küche der hölzerne Rauchfang von einer unvorsichtig platzenen Brennen Lampe zur Entzündung gebracht war. Am Dienstag Nachmittag kam gleich nach 1 Uhr in einem Keller des Hauses Ruppinerstraße 12 Feuer aus, durch welches etwas Brennholz vorzeitig seine Bestimmung erfüllte. Ein um 3 Uhr Nachmittags gemeldetes Feuer Spittelmarkt 3 — unmittelbar nach der dortigen Feuerwache — hatte seine Stätte auf dem Dachboden des kleinen einer schon weit zurück liegenden Bauperiode angehörenden Hauses, über welchen es auch nicht hinaus gelangte. Zwei Schlauchleitungen, von denen die eine über die Treppe, die andere von dem höheren Dach der Feuerwache vorgenommen wurden, brachten die Flamme so schnell zur Niedertage, daß dieselben nicht einmal Zeit fanden, das Dach zu durchbrechen. Nach 1 1/2 stündigem Aufenthalt konnten die letzten Lösungsarbeiten schon wieder in die Wachbereitschaft zurückkehren.

Eine Einbrecherbande hat sich in den letzten Tagen den sächlichen Theil der Wilhelmstraße zu ihren Thaten angeschlossen. Die Einbrüche verrathen eine unglückliche Frechheit. Ihr erstes Debut gab die Bande in dem beliebten Hause der Brüdergemeinde Nr. 136 am vorigen Sonnabend am hellen lichten Tage. In der 5. Nachmittagsstunde war eine Frau im Dauskammer mit Fegen beschäftigt, als aus dem Keller ein junger Mann mit einem Korb voll Wein heraustrat und mit dem Gruß „Gefegnete Nachtzeit“ unbedeutend das Haus verließ. Erst später stellte es sich heraus, daß im Winkel der Prediger's C. ein Einbruch verübt war. Die Einbrecher — man nimmt an, daß es deren mehrere sind — haben mehrere Schlösser sprengen müssen. Das dabei entstandene Geräusch war auch gehört, aber nicht weiter beachtet worden. Im Winkel hatten die Spinhaken sich an den Vorräthen nützlich gemacht. Den Ausgang haben sie gewaltsam gewinnen müssen, da während ihrer Thätigkeit durch Zufall die offene gelassene Kellertür zugeschlagen war. — Der zweite Einbruch wurde

in der Dämmerstunde des Sonntags in der im Parterre des Hauses Nummer 129 belegenen Buchhandlung verübt. Die Einbrecher haben zuerst versucht, eine direkt in das Komitoir führende Doppeltür zu öffnen, und sind dann, als dieser Versuch mißlang, durch die mit Nachschlösseln geöffnete Korridorthür in die Buchhandlung eingedrungen und von hier nach Öffnung einer zweiten Thür in das Komitoir gekommen, wo sie aus dem erbrochenen Schreibtisch ca. 400 M. in Geld und Briefmarken entwendet haben. Sie haben dann noch das nach dem Hofe zu belegene Schlafzimmer des Besitzers durchsucht, von hier aber nichts mitgenommen. Wie frech die Diebe auch hier vorgegangen sind, beweist der Umstand, daß sie bei Licht gearbeitet haben, ohne die Jalousien herunter zu lassen. Nach Ansicht eines Schlossers sind die Einbrecher Fachleute gewesen. Zurückgelassen haben sie eine Streichholzschachtel von einer sonst hier selten vertretenen Firma, die aber zufällig gerade in der Gegend ein Depot besitzt. Dieser Umstand dürfte unter Anderem dafür sprechen, daß die Diebe nicht weit zu suchen sind. Der dritte Einbruch erfolgte am selben Nachmittag im Hause Nr. 124. Geschädigt ist hier der Jüweliergenosse S. Hambruch, welcher im ersten Stock des Hauses ein technisches Bureau besitzt. Auch hier sind die Spinhaken mit Nachschlösseln eingedrungen, sie haben dann mehrere Pulve erbrochen, jedoch nur wenige Mark gefunden. Die beiden Geldsäcke sind unberührt geblieben, wahrscheinlich sind die Diebe verschweigt worden.

Nach hiesigen Blättern hat der wegen seiner „Menschenfalle“ berühmte Bobbe, welcher wegen mehrerer Verbrechen zu einer zehnjährigen Zuchthausstrafe verurtheilt ist und diese zur Zeit in Sonnenberg verbüßt, dort in der Nacht zum Montag einen Ausbruch verübt. Bei demselben hat derselbe wieder seine besondere Vorliebe für unterirdische Gänge offenbart. Bobbe war in einer im Erdgeschoß gelegenen Holzwerkstätte untergebracht. In dieser Zelle war früher einmal die Zelle ausgebohrt worden; das neu eingefestete Stück war aber wohl nur lose angelegt, so daß es mit geringer Mühe emporgehoben werden konnte. Dies war dem Bobbe bald klar geworden. Er nahm in der Nacht dieses Stück der Diele auf, arbeitete sich durch das darunter liegende Gewölbe, welches zu einem Lagerkeller führte, glücklich hindurch und befand sich nunmehr in einem Kellerraum, von wo aus er bei genügender Zeit vielleicht hätte entweichen können. Freilich galt es, noch verschiedene Hindernisse zu beseitigen. In erster Linie war ein leichtes Fundament durchzubringen, sodann ein 4 Meter langer unterirdischer Gang bis zur Ringmauer zu schaffen und zuletzt noch das Fundament der Ringmauer zu durchbrechen. Bobbe hatte sich an diese Arbeit herangewagt. Aber er hatte wohl die Hindernisse unterschätzt und seine Kräfte überschätzt. Zwar war es ihm gelungen, das erste Fundament zu zerstören und bereits einen Meter weit unter der Erde vorzubringen. Aber da ist er wohl erschöpft zusammengebrochen. Jedenfalls fand man den Ausbrecher am Montag Morgen in seine Schlafzelle gehüllt unten im Kellerraum zusammengekauert in einer Ecke sitzen.

Vom Größtenwahn besaßen wurde plötzlich der in der Reichsstraße 15 wohnende Dr. Böll, approbitirter Apotheker, Besitzer einer Mineralwasseranstalt, stellvertretender Vorsteher des hiesigen Fleischbeschau-Amtes und Vorsitzender des Berliner Schiedsmannvereins. Von einer Sitzung des letzteren, die er mit gewohnter Umsicht geleitet hatte, heimgekehrt, lag er bis dahin anscheinend kerngesund, in der Blüthe der Jahre stehende Mann auf einmal kranken Jüngling zu reden an. Er könne das nicht überleben, daß er nicht zum Nachfolger von Simson beim Reichsgericht ernannt worden sei; er sei mehr praktischer Jurist und qualifizierte sich eher für die Leitung des Reichsgerichts als Herr von Oehlschlager. Bald stellten sich Tobtsuchtsanfälle ein, die nach und nach einem dumpfen Hinbrüten wichen. Durch freiwillige Ueberführung mit Arbeiten der verschiedensten Art scheint Herr Dr. Böll den Grund zu seiner geistigen Umwandlung selbst gelegt zu haben. Dr. Böll hatte auch den Ausbruch von Mineralwassern in den Sommermonaten im Belle-Alliancegarten. Die Kurgäste desselben wollen schon seit längerer Zeit in dem auspergerten Wesen des Mannes Anzeichen einer heraufziehenden Geistesstörung wahrgenommen haben.

Sittlichlich der Verhaftung des Postleferanten Eduard Thiele und seines Genossen Dr. Moritz Reiter sind Gerüchte ausgebreitet, die mit den Thatfachen in Widerspruch stehen. So ist verbreitet, daß in derselben Angelegenheit noch andere Verhaftungen erfolgt seien, darunter vier von Beamten, welche bei den „Schleibungen“ ihre Hand im Spiel gehabt hätten. Davon ist jedoch keine Silbe wahr. Außer Thiele und Reiter sind weitere Personen nicht festgenommen. Moritz Reiter, früher in Friedenau, zuletzt in Friedrichsberg wohnhaft, ist am schwersten belastet. Es giebt in Berlin wohl kaum ein größeres Geschäft, dem er nicht seine wiedererwerbenden „Prospette“ zugewandt hätte. Rosenhain ließ er Truchsen und Reklamen anfertigen und verbreiten, und um sich besser einzuführen, bediente er sich besonderer Listen, in denen er alle in Berlin wohnenden Doctores phil. — adelphise namhaft machte. Mit Vorliebe berief er sich auf hohe Verbindungen und Beziehungen zu prinzipalen Hofhaltungen, zu Hofmarschällen und ähnlichen Beamten. Seinen Klienten lockte er, abgesehen von den Vortheilen, die er sich zahlen ließ, dadurch, daß er erklärte, er müsse noch verschiedene Personen „kaufen“, bevor er zum Ziele komme, und um Indiskretionen zu vermeiden, ließ er sich allerhand Verpflichtungen unterschreiben, deren Wortlaut Jedem die Zunge band. Der Gesuche um „Prädikatur“, die er stellte, waren Legion. Ob und wieviel Reiter mit den Hofhaltungen wirklich verkehrt hat, wird die umfangreiche Untersuchung klären. Uns wird versichert, daß er von gewissen hohen Höfen nachweislich Postleferantenprädikate verschafft hat und daß hauptsächlich Personen in Berlin um ihre Titel verdanken! Nach gewissen Miniaturhauptstädten im Reich unternahm er oftmals Reisen. Dabei lag er mit anderen „Agenten“, welche ihm Konkurrenz machten, in dauernder Fehde. Dem Amtsgericht I. und II. war er als gewohnheitsmäßiger Klagegegner bekannt.

Durch fahrlässige Behandlung einer geringfügigen Handverletzung hat sich ein junger kräftiger Mann, ein Tapezierer Namens Georg K. aus der Badstraße, für Zeitlebens zum Krüppel gemacht. K. brachte sich vor einigen Tagen bei Ausübung seines Metiers eine unerhebliche Wundwunde am Daumen der rechten Hand bei, arbeitete aber, ohne die Wunde zu reinigen und zu verbinden, ruhig weiter. Am nächsten Tage stellten sich in Hand und Arm bis zur Schulter hinan heftige Schmerzen ein, und K. sah sich verbunden mit starken Anschwellungen, ein, und K. sah sich schließlich genöthigt, den Rath eines Arztes einzuholen. Dieser konsultirte den Wundarzt und rief schleunigst Ueberführung nach einem Krankenhaus an. Dort wurde ihm der Arm am gestrigen Nachmittage abgenommen. K. befindet sich noch immer in Lebensgefahr.

In der Malzfabrik der Schultheiß'schen Branereier hat schon wieder ein hoffnungsvolles Menschenleben ein graufiges Ende gefunden. Am Montag Nachmittag verunglückte der 30jährige Brauer Johann Trapp dergestalt am Hahnenfuß, daß der Tod auf der Stelle eintrat. Werthwürdigerweise übernahm der Tod den Mann inmitten seiner Bemühungen, neue Schutzvorrichtungen zum Besen seiner Berufsgenossen zu schaffen. Der in derselben Branereier beschäftigte Malzer Wagner hatte vor einiger Zeit einen neuen Molenapparat erfunden, welcher jede Bewegung des Hahnenfußes anzeigen und begleiten sollte. Angeregt durch diesen Vorgang, war auch Trapp der Sache näher getreten und hatte einen ähnlichen Apparat konstruirt, der die Wagner'sche Erfindung in Bezug auf Brauchbarkeit und Zuverlässigkeit noch überbieten sollte. Beide Apparate sind in der Fabri-

angebracht, um praktisch erprobt zu werden. Obwohl auch der Trapp'sche Apparat bereits zur Patentirung angemeldet ist, verwendet Trapp doch jeden freien Moment, um seinen Apparat in allen Funktionen zu beobachten. So auch am Montag, Nachmittags zwischen 4 und 5 Uhr. Ganz verlost in das Läuten seines Apparates, vergah er, die zahlreich angebrachten Warnungen vor dem Hahnenfuß zu beobachten. Er beugte sich über die Maschinen, welche den Eingang zum Hahnenfußschachte absperrt und bemerkte nicht, daß der Hahnenfuß herabgefallen wurde. Die eine Kante des Hahnenfußes rührte ihn sofort den Halswundel durch. Ein anderer Brauer kam zwar hinzu und ließ den Hahnenfuß wieder hoch gehen, Trapp war aber bereits eine Weile, ein Verschulden seitens der Betriebsleiter liegt absolut nicht vor; die besten Schutzvorrichtungen und alle mir denkbaren Warnungen sind angebracht; das Unglück ist lediglich auf den Eifer des jungen Mannes, seine Erfindung zu prüfen, zurückzuführen.

Dierdurch den Genossen von Friedrichshagen zur Kenntniss, daß bis von den Fußgendarmen Korn am 17. v. M. in der Volkerversammlung im Giskeller beschlagnahmten Gelder in der Höhe von 21 M. 85 Pf. auf unsere Beschwerde hin von der Behörde zurückerstattet worden sind.

Polizeibericht. Am 10. d. Mts. Morgens wurde an der Ecke der Spandauer- und Kaiser-Wilhelmstraße ein Mann von einem Bestwagen überfahren und dabei so bedeutend verletzt, daß er nach dem St. Hedwigs-Krankenhaus gebracht werden mußte. — Vormittags versuchte ein Mann in seiner Wohnung, in der Goldschmiedestraße, anscheinend in einem Anfall von Sauerwahn, sich mittelst eines Tischmessers die Pulsader an der linken Hand zu öffnen, so daß seine Ueberführung nach dem Krankenhaus am Urban erforderlich wurde. — Mittags wurde ein einjähriger Knabe vor dem Grundstüdt Bremerstr. 1-10 augenscheinlich schwer krank angefaßt und nach dem Krankenhaus in Moabit gebracht. — Nachmittags gerieth vor dem Hause Urbanstraße 178 ein vierjähriger Knabe unter einen Schlächterwagen und wurde am Arm und Fuß bedeutend verletzt. — In derselben Zeit stürzte ein vierjähriger Knabe aus dem Fenster der im vierten Stock des Hauses Stromstr. 34 belegenen Wohnung seiner Mutter auf den Hof hinab und erlitt dabei außer einem Bruch des Oberarmes einen so schweren Schädelbruch, daß er auf dem Wege nach dem Krankenhaus verstarb. — Abends fiel ein Mann in der Schanzenstraße Veteranenstr. 28 durch eine nicht ordnungsmäßig verwahrte Fallthür in den Keller hinab und brach den rechten Oberarmel. Er wurde nach dem Lazarus-Krankenhaus gebracht. — Im Laufe des Tages und in der darauf folgenden Nacht fanden fünf Brände statt.

Gerichts-Beilage.

„Was Nachsicht und Barmherzigkeit in Verbindung mit Feigheit zu leisten vermögen, das hat die Angeklagte bewiesen.“ Mit diesen Worten leitete der Vorsitzende des Schöffengerichts (H. Mühlh.) gestern die Urtheilsverhandlung gegen die Steinsehmieders-Gehilfin Wilhelmine Schulz ein, welche sich wegen wiederholter Verleumdung auf der Klagebank befand. Durch hundelange Beweisaufnahme war folgendes festgestellt worden: Im Jahre 1888 hatte der in der Badstraße wohnhafte Steinsehmieders-Schneider den Ehefrau der Angeklagten, der damals in der Provinz beschäftigt war, als Werkmeister angenommen. Das Verhältniß währte nur drei Monate, die Parteien schieden in Unfrieden. Von diesem Zeitpunkt an hat die Angeklagte den Steinsehmieders-Schneider in der unglücklichsten Weise verfolgt. Sie richtete anonyme Briefe an die Staats- und Ober-Staatsanwaltschaft, an das Polizeipräsidium und an den Justizminister. In allen diesen, bisweilen sehr langen Schriftstücken beschuldigte sie Schneider der schwersten Straftaten und verlangte seine sofortige Verhaftung. Derselbe sei ein äußerst gemeingefährlicher Mensch und ein Gauner und Betrüger der schlimmsten Art. Als die Angeklagte keinen Erfolg von diesen Schriftstücken sah, versuchte sie, ihren Feind kreditlos zu machen. Sie richtete an alle Lieferanten Briefe ohne Unterschrift, in denen sie Schneider als einen Mann hinstellte, der demnach Konkurs machen würde, der die ihm anvertraute Kommissionswaare verschleudere und mit betrügerischen Wägen umgehe. Die Gläubiger Schneiders nahmen Veranlassung, auf diese Verleumdungen hin Ermittlungen anzustellen. Bereitwillig gestattete Schneider ihnen Einblicke in seine Geschäftsbücher und seinen Lagerraum, die Lieferanten fanden alles in Ordnung und es stellte sich das völlig Haltlose der Verleumdungen heraus. Dies Treiben der Angeklagten hat fast 2 Jahre gedauert, bis es dem so hinterlistig Angegriffenen gelang, seiner verborgenen Feindin auf die Spur zu kommen. Die Angeklagte, die sich mit großer Gewandtheit vertheidigte und augenscheinlich eine gute Erziehung genossen hatte, behauptete noch im Termine, daß alle in den Schriftstücken aufgestellten Behauptungen auf Wahrheit beruhten. Die Beweisaufnahme ließ sie in fast allen Punkten im Stiche. Der Staatsanwalt schilderte das Treiben der Angeklagten als ein gemeingefährliches, welches eine besonders strenge Strafe verdiene, der von ihrer Nachsicht Verfolgte hätte sehr leicht ruiniert werden können. Er beantragte eine Gefängnißstrafe von achtzehn Jahren. Die Angeklagte erklärte, daß eine Gefängnißstrafe einem Todesurtheile gleichkomme, sie bat um eine geringe Geldstrafe. Der Gerichtshof erkannte auf neun Monate Gefängniß und sprach auch dem Verleumdigen die Befugniß zu, das Urtheil auf Kosten der Angeklagten im „Lokal-Anzeiger“ zu veröffentlichen.

Die Geschäftspraktiken des Schriftstellers und Buchhändlers v. Schlieben (Julius Weinderg's Verlag), welche zur Zeit die Grundlage zahlreicher Zivilprozesse bilden, gelangten gestern vor der Strafkammer Via wieder einmal zur gerichtlichen Erörterung. Es handelte sich um eine Verwahrung des Herrn v. Schlieben gegen den Kaufmann Julius Strube in Braunschweig. Zur Weihnachtszeit wurden die Geschäftsinhaber aller Branchen durch Zirkulare des Julius Weinderg'schen Verlages überfluthet, in welchen unter dem Vorwurfe „Großes Weihnachtsgeschäft“ in sehr marktfeirischer Weise klar gelegt wurde, welche kolossalen Vortheile erwachsen, wenn man ein Inserat für die von Julius Weinderg's Verlag herausgegebenen Zeitungsbeilage „Weihnachtsmarkt“ bestelle. Es wurde ausgeführt, daß diese Beilage mehr als 200 Zeitungen beigelegt würde, in mehr als 1100 Leserkreisen, in 400 Hotels, 300 Bahnhofs-Restauranten ausliege u. u. Dem gegenüber war für etwaige Inserate in geschickt verfaßtester Weise ein Preis angegeben, welcher auf den ersten Blick äußerst gering erschien, in Wahrheit aber sehr theuer war, denn wenn man mit gründlicher Aufmerksamkeit las, so ergab sich aus den Verkauflisten, daß der berechnete Preis in der Anzahl der Zeitungen einen unbegonnenen Multiplikator erhielt. Zahlreiche Geschäftsleute sind durch den Wortlaut dieser Prospektes bereits irre geführt worden und es schweben zahlreiche Zivilprozesse demgegenüber. In den Prozeßakten gehört auch der Kaufmann Julius Strube in Braunschweig, welcher ein kleines Inserat aufgegeben hatte und höchlich erstaunt war, daß er statt der ungefähren von ihm berechneten Kostensumme von 50 M. einen Betrag von 2000 M. zahlen sollte. Er hielt es deshalb für geboten, die Geschäftswelt vor der Geschäftswelt des Herrn v. Schlieben zu warnen und er that dies in Form eines gedruckten Formulars, in welcher er die Geschäftsleute aufforderte, sich die Prospektes von Weinderg's Verlag genau anzusehen, wenn sie sich vor Schaden bewahren wollten. In dem Prospekt, welcher u. A. auch die Worte „Anfise“, „sauberer Verlag“ u. dergl. anwandte, waren auch 57 Firmen aufgeführt, welche die Opfer jenes Prospektes, theilweise mit Summen von 1000 M. und darüber, geworden

Lupe betrachten würde, überhaupt nichts von ihnen übrig bliebe. Schon auf dem 7ten Kongress wurden Anträge zur Abänderung des Programms gestellt, ebenso in St. Gallen und im vorigen Jahre in Halle. An uns wird es sein, zu versuchen, ob wir nicht ein Programm schaffen können, das allen Anforderungen entspricht. Das Programm soll zuerst die Eigenschaften haben, präzise das auszudrücken, was wir wollen, möglichst kurz gefasst und für jedermann verständlich zu sein und das macht die meisten Schwierigkeiten. Wenn Marx in seiner Kritik des ersten Passus des Programms sagt, die Arbeit ist nicht die Quelle alles Reichthums, so hat er vollkommen recht; die Natur liefert Gebrauchsgüter ebenfall, sie ist Mitbedingung des Reichthums. Wollten wir jedoch die Definition unserer Grundfrage in der Weise geben, wie sie Marx in seinem Briefe giebt, so würde das Programm mindestens 12 Seiten lang. Die national-ökonomischen Ausführungen haben wie ja in seinen Schriften; wer die liest, der weiß, was mit den kurzen Sätzen des Programms gemeint ist. Bei dem Satze, welcher sich mit den Arbeitsmitteln als Monopol der Kapitalisten und mit der Forderung ihrer Vergeßenschaft befaßt, wird eingewandt, daß der Grund und Boden verfallen sei. Dem ist nicht so, da Grund und Boden unter den Begriff Arbeitsmittel fallen. Im großen und ganzen ist der Grundgedanke des Programms, daß die Befreiung des Proletariats nur durch die Vergeßenschaft der Produktionsmittel vollzogen wird. Um dahin zu kommen, muß man arbeiten, praktisch sich betätigen. Die Partei steht auf realem Boden; sie muß sich mit kleinlichen Dingen abplacken, über welche der Theoretiker sich mit Beigehigkeit hinwegsetzen kann. Bei Betrachtung aller Schwächen unseres Programms muß man in Betracht ziehen, daß es ein Kompromiß-Programm ist, daß seine Fassung darum nicht streng wissenschaftlich wurde. Ich bin nun der Meinung, daß man bei der Umformung des Programms unsere Ziele in demselben möglichst korrekt niederlegt; die kleineren Forderungen an die heutige Gesellschaft aber in Gestalt von Resolutionen formuliert. Letztere Forderungen können in ganz kurzer Zeit schon veraltet sein und so muß die Möglichkeit bleiben, dieselben auf jedem Parteitag den Verhältnissen entsprechend ändern beziehungsweise fallen lassen zu können, ohne das eigentliche Programm ändern zu brauchen. Wie dem nun sei, das müssen wir immer wieder betonen: Unsere Forderungen im Programm formuliert, stellen keinen Katechismus dar, an dem unverändert festgehalten werden muß, der unser Ein und Alles ausmacht. Im Gegentheil liegt darin unsere Stärke, daß sich Jeder betreibt, in die Nationalökonomie einzudringen, die wirtschaftlichen Bewegungsgesetze der kapitalistischen Gesellschaft zu lernen. Es muß uns eine Hauptsache sein, unsere Forderungen wissenschaftlich begründen zu können. Die streng wissenschaftlichen Schriften müssen populärisiert werden, damit sie jeder verstehen kann und das können wir sagen, darin hat die Sozialdemokratie großes geleistet. Keine andere Partei hat es versucht, ökonomisches Denken in die Köpfe der Arbeiter hineinzubringen; im Gegentheil wird von ihren Vertretern gesagt: „So ist's, dem folgt; er muß Guter Fahrer sein!“ Sie suchen jedes selbständige Denken illusorisch zu machen. Wir hingegen können uns rühmen, schlechte Arbeiter dahin gebracht zu haben, Nationalökonomie zu studieren, so daß sie manchen sogenannten Wissenschaftler in freier Diskussion warfen. Und das ist's, was auch Sie thun müssen: sich dem Studium der Nationalökonomie hingeben. Karl Marx und auch Lassalle waren es, welche mit den Utopien früherer Sozialisten brachen. Sie haben nachgewiesen, daß alle Formen der Knechtschaft aus der Trennung der Produktionsmittel vom Produzenten hervorgegangen sind, daß sich die Gesellschaft aus Grund bestimmter wirtschaftlicher Gesetze entwickelt und sie haben dann die Forderung der Vergeßenschaft aller Produktionsmittel aufgestellt, aber auf nähere Details hat man sich nicht eingelassen. Wenn die Zeit herannahet, welche eine Aktion seitens des Proletariats erfordert, so wird man wissen, was man zu thun hat; wie man dies oder jenes einrichtet muß. An uns kann es nicht liegen, ihnen, den dann lebenden Menschen dies vorschreiben zu wollen. Unsere Aufgabe muß es nur sein, immer von Neuem zu kritisieren, immer von neuem zu forschen, immer mehr in die ökonomischen Verhältnisse einzudringen, uns von alten Ansichten nicht dabei beschränken zu lassen — dann werden wir eine unbegreifbare Partei sein! Wie wir mit dem alten, vielleicht mangelhaften Programm fortgeschritten sind, werden wir es weiter thun; wir werden uns ein Programm schaffen, welches der Kritik nicht solche Wunden giebt, und mit diesem neuen Programm werden wir zu neuen, noch größeren Siegen schreiten, wie wir sie bisher erfochten haben. (Stürmischer Beifall.) — Die sich nun entspinnende Diskussion gestaltete sich zu einer außerst interessanten, da sich an derselben ein Bodensatz-Reformer, Herr Borchardt, sowie ein Freijünger, Herr Baumast, beteiligten. Es sprachen außerdem noch die Genossen Auerbach, Mollenhuth und Goldberg, sowie ein Herr Spring. Die Diskussion zog sich bis gegen 12 1/2 Uhr hin. Nach dem Schlußwort des Genossen Mollenhuth wurden noch einige Fragen erörtert und dann die Versammlung mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie geschlossen. — Am 7. März findet in Widom's Brauerei das Stiftungsfest des Vereins statt und die Genossen werden zu reger Theilnahme aufgefordert.

Zimmerleute.

Da infolge erfolgter polizeilicher Auflösung die Sonntagsversammlung resultatlos verlaufen war, fand am Dienstag, den 10. d. Mts. Abends abermals eine gleichfalls vom Kameraden Wils einberufene öffentliche Zimmerer-Versammlung behufs Erledigung der vorigen Tagesordnung statt. Die Versammlung tagte unter Leitung desselben Bureaus, wie am Sonntag. Zur Tagesordnung stand zunächst die Konferenz der Bauhandwerker Berlins am 15. d. M., worüber Regierungs-Baumeister Kehler referirte. Anschließend an seinen Sonntagsvortrag, in dem er die Umstände geschildert, welche auf die Lage der Bauhandwerker Berlins einwirkten, kam Redner auf die ausgeschriebene Konferenz zu sprechen. Alle Bauhandwerker hätten unter den geschilderten Verhältnissen gleich zu leiden. Erschwerend falle ins Gewicht die Weiskäuferei Berlins, die Schwierigkeit der Schaffung eines Arbeitsnachweises und der Umstand, daß der Schwerpunkt der Arbeiterbewegung nach außerhalb Berlins verlegt sei, ohne auf die eigenartigen Berliner Verhältnisse Rücksicht zu nehmen. Die bekannte Petition der Mutter gab dem Vortragenden Veranlassung, die Verhältnisse in Paris, wo die Arbeitsverhältnisse auf städtischen Bauten im Interesse der Arbeiter geregelt sind, in eingehender Weise zu schildern. Dort dürfen die Unternehmer nur 10 pCt. an auswärtige Arbeiter auf Kommunalbauten beschäftigen, die übrigen wärtigen Pariser Arbeiter, welche städtische Steuern zahlen, von denen die städtischen Bauten bezahlt werden, sein, außerdem ist eine neunstündige Arbeitszeit festgesetzt und ein geregelter Lohnsatz. So herrschen gedeihliche Verhältnisse und von Streiks ist in den letzten Jahren nicht die Rede gewesen. Eine wünschliche Derabsetzung der Löhne ist dort nicht möglich. In London sind die Verhältnisse in ähnlicher Weise geregelt. Derartige Einrichtungen seien auch in Berlin dringend geboten. Als sich die Mutter mit ihrer Petition an die hiesige Stadtverwaltung wandten, wurde diesen hauptsächlich auch entgegengehalten, daß sie allein solche Wünsche hegen, in dessen die übrigen Bauhandwerker augenscheinlich davon gar nichts wissen wollten. Dies habe wohl mit den Anstöß gegeben, einen engeren Zusammenschluß der genannten Berliner Bauhandwerker anzustreben. Außerdem sei der Umstand in Betracht zu ziehen, daß die Berliner Arbeiter, gegenüber denen in der Provinz, in eine eigenthümliche Lage gerathen seien, die nicht immer zum Vortheile der Berliner auf den verschiedenen Kongressen zu Tage getreten sei und zwar infolge der politischen Strömung, die in den Berliner Gewerkschaften herrsche, während man in der Provinz mehr einer rein gewerkschaftlichen Bewegung

huldige. Als dritter Punkt sollte der übergroße Juzzi nach Berlin ins Gewicht, den abzuwehren eine große Organisation und Agitation erfordere. Von außerhalb, wohin der Schwerpunkt der Arbeiterbewegung bisher hüberverlegt worden sei, sei in dieser Beziehung so gut wie gar nichts geschehen. Alle diese Fragen, wie auch sonstige andere, sollte die Konferenz der Bauhandwerker berathen, da alle Bauhandwerker an denselben ein gleiches Interesse haben. Auf die innere Organisation der einzelnen Gewerkschaften werde die Konferenz keinerlei Einfluß ausüben, sondern lediglich prinzipielle und speziell Berliner Interessenfragen erörtern. Redner empfahl, die Konferenz durch Delegirte zu beschicken. Nach kurzer Zustimmung der Diskussion stimmte die Versammlung einstimmig folgender, von Lehmann beantragten Resolution zu:

„Die heute, den 10. Februar 1891 in Anebels Salon tagende Versammlung der Zimmerleute erklärt mit den Ausführungen des Referenten sich voll und ganz einverstanden und beschließt in Anbetracht, daß durch die Konferenz der Bauhandwerker, welche am 15. Februar dieses Jahres in Berlin tagen wird, nur etwas Gutes für die Bauhandwerker geschaffen werden kann, die Konferenz durch zwei Delegirte zu beschicken, und beauftragt die gewählten Delegirten, die Interessen der Berliner Zimmerer wahrzunehmen und über die auf der Konferenz gefaßten Beschlüsse in einer von den gewählten Delegirten einzuberufenden Versammlung, welche nach der Konferenz stattfindet, Bericht zu erstatten, um dann eventuell bindende Beschlüsse zu fassen.“

Steindrucker und Lithographen.

Am Freitag, den 6. Februar, fand eine öffentliche Versammlung der Steindrucker, Lithographen und verwandten Berufsgenossen statt, bei welcher Kollege Friedewald über die Arbeitseinstellung von 8 Druckern und den zugehörigen 18 Hilfsarbeitern bei der Firma Destréich und Hartmann referirte. Die Angelegenheit verhält sich folgendermaßen:

Schon häufig hatte Herr Hartmann, in dessen Fabrik die größten Formate des Weltmarktes angefertigt werden, die Vermehrung fallen lassen, die Fertigstellung von 8—9 Druck in der Minute genüge nicht, die Arbeiter müßten in dieser Zeit unbedingt mehr Abzüge herstellen. Um es fertig zu bringen, hatte er von Sonntag nach Montag an der Transmision eine neue Scheibe angebracht, worauf die Maschine eine derartig schnelle Gangart annahm, daß die Arbeiter durchschnittlich 12 1/2 Druck in der Minute machen mußten. Die Kollegen waren sehr erstaunt, als am Montag der Stein in einem so rasenden Tempo lief, und sahen sofort ein, daß es unmöglich sei, unter solchen Umständen mit genügender Sicherheit für ihre Gliedmaßen zu arbeiten. Um sich aber den Vorwurf zu ersparen, man habe es nicht einmal versucht, bei der neuen Gangart zu arbeiten, blieben sie den ganzen Montag und Dienstag Vormittag hindurch in Arbeit, stellten aber am Dienstag während der Frühstückspause dem Chef in Anwesenheit des Oberdruckers vor, sie könnten unter den obwaltenden Umständen absolut nicht mehr arbeiten. Der Herr Chef (Hartmann) lehrte ihnen den Rücken zu und sagte: „Wer nicht mehr arbeiten will, kann zum Sonnabend kündigung!“ Infolge dessen beschloßen die Kollegen und mit ihnen solidarisch die Hilfsarbeiter, die Arbeit sofort niederzulegen; es liege dann nicht von ihrer Seite ein Kontraktbruch vor, sondern von Seiten der Firma, die die Maschinen ohne weiteres geändert hätte. Nach der Arbeitseinstellung hat man mit der Fabrikantenvereinigung verhandelt, ohne zu einem Resultate gekommen zu sein.

Nachdem die Kollegen Jastrau und Eißler in gleichem Sinne gesprochen und hervorgehoben hatten, die versuchsweise Einführung der neuen Scheibe würde im Falle eines für die Fabrikanten günstigen Ergebnisses unzweifelhaft in allen Fabriken vorgenommen und so durch die vermehrte Produktion eine fällige Vohnerhöhung herbeigeführt werden, betonte Kollege Tiemer (einer der Streikenden), die Kollegen seien 19, 18, 15 Jahre hindurch bei Hartmann gewesen und stellten die Arbeit nicht aus Uebermuth ein. Mehrere Kollegen wiesen darauf hin, daß „schwarze Listen“ mit den Namen der Streikenden zirkulirten, und forderten auf, gegebenen Falles ein solches Schriftstück einzureichen, damit man gegen die Firma Destréich u. Hartmann wegen Schädigung der Arbeiter vorgehen könne. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„In Erwägung, daß die gesteigerten Anforderungen an die Steindrucker u. schon lange das Maß des Natürlichen überschritten haben, spricht die heutige öffentliche Versammlung der Steindrucker, Lithographen und verwandter Berufsgenossen den Kollegen bei Destréich u. Hartmann für ihr mannhafte Verhalten gegenüber den zu hoch gespannten Anforderungen der betreffenden Firmathere Anerkennung aus. Sie bedauert aus Lüste, daß mit der Firma keine Einigung zu erzielen war, und erklärt die sofortige Niederlegung der Arbeit im Interesse der Branche für korrekt. Sie nimmt den Freihandelsdruck auf und verspricht unter ihrem heiligen Mannesworte die streikenden Kollegen moralisch und materiell zu unterstützen.“

Es wurde eine Kommission von 6 Mitgliedern gewählt, welche die Sache in die Hand nehmen und die Unterstützungsregeln festsetzt. Da sich die Hilfsarbeiter mit den Druckern solidarisch erklärt haben, wurde beschlossen, diese ebenfalls nach Kräften zu unterstützen. Hierauf erreichte die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie ihr Ende.

Eine gutbesuchte öffentliche Versammlung der Christlicher

fand am 6. Februar unter dem Vorsitz des Herrn Söhr statt. Als erster Punkt stand auf der Tagesordnung ein Vortrag des Herrn Peus über „Zeit und Städtlohn“. Der Referent wies in seinem Vortrage nach, daß der Arbeiter innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft immer nur soviel für seine Thätigkeit erhalte, als er durchschnittlich zur Reproduktion seiner Arbeitskraft, sowie unter Umständen zur Erhaltung seiner Familie brauche. Der Preis, den er in Gestalt des Lohnes für seine Arbeit erhalte, sei immer bloß ein Theil der von ihm geschaffenen Werte. Den Ueberschuß, den sogenannten Mehrwerth, beansprucht der Unternehmer für sich. Redner weist nun nach, — dies war der Kern des Vortrages — daß Zeit und Städtlohn nur andere Formen des Lohnes sind und nicht, wie oft angenommen wird, der Städtlohn mehr Vortheile dem Arbeiter bietet, wie der Zeitlohn. Redner zeigt an Beispielen, daß gerade umgekehrt der Städtlohn sehr viel Nachtheile für die einzelnen Arbeiter im Besonderen und für das Gros derselben und deren Bewegung für eine Bessergestaltung der Lage der Arbeiter im Allgemeinen im Gesolge habe. Da nun der Allortlohn nicht so nur nichts die nichts zu befähigen sein werde, müßten sich die Arbeiter in Ringen zusammenschließen, um gleich denen der Unternehmer den Preis der Waare: ihrer Waare der Arbeitskraft zu bestimmen

zu können, wie man es wolle. (Beifall.) Zur Diskussion sprach Herr Söhr. Derselbe wies darauf hin, daß es im Christlicher Gewerbe leicht sein werde, den Städtlohn abzuschaffen, da die meisten Kollegen in größeren Fabriken arbeiten. In Zukunft werde es auch das Bestreben der Kollegen sein müssen, den Zeitlohn einzuführen. Hauptächlich in Berlin dürfte dies nicht schwer sein, da hier 95 pCt. der Fachgenossen organisiert sind. Folgende Resolution wurde angenommen: Die Versammlung erklärt sich voll und ganz mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, ist im Prinzip für die Befreiung der Städtlohnung und erklärt, mit aller Energie zunächst für die Bekämpfung der Arbeitszeit einzutreten.“ Der zweite Punkt der Tagesordnung: „Wahl eines Erfahmannes zum Schiedsgericht“ wurde vertagt, da die Versammlung erst den Bericht der nicht anwesenden Mitglieder des Schiedsgerichts über die bisherige Thätigkeit desselben hören wollte. Von allen Seiten wurde die Thätigkeit des Schiedsgerichts mit Anführung von Beispielen als zwecklos für die Arbeiter hingestellt. Unter „Verschiedenem“ entspann sich eine lebhaft Debatte über Vorkommnisse in den Fabriken von Reinhold und Graumann. Die Regelung der Angelegenheit Reinhold — es handelt sich da um das Lehrlingswesen — wurde dem Vereinsvorstand überlassen. Bei Graumann handelt es sich um eine Tarifverletzung. Ein Beschluß in dieser Angelegenheit wurde nicht gefaßt; von allen Rednern wurde aber betont, daß man, sollte in nächster Zeit, wie es den Anschein hat, seitens der Fabrikanten ein Sturm auf den Tarif vorgenommen werden, energisch dagegen auftreten würde. — Nachdem noch beschloßen worden, daß die vom letzten Streik noch rückständigen Gelder bis zum 1. April zurückgezahlt sein müssen, widrigenfalls die Namen der Schuldner veröffentlicht würden, wurde die Versammlung geschlossen.

Eine öffentliche Versammlung sämtlicher an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter tagte am 1. Februar 1891 unter dem Vorsitz des Kollegen Mühl. Herr Wegner hielt einen Vortrag über: „Die Nothwendigkeit und der Werth der Organisation und wie gestalten wir diese?“ der von der Versammlung mit großem Beifall aufgenommen wurde. An der Diskussion beteiligten sich die Herren Stein, Lips, Koblitz, Zeller und Mühl. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die Versammlung erkennt nach den Ausführungen des Referenten die unbedingte Nothwendigkeit einer Organisation an, und verpflichtet sich, dahinwirken zu wollen, daß sich sämtliche Kollegen dem Verband anschließen. Ferner appellirt die Versammlung an das Solidaritätsgefühl der besser situirten Kollegen, daß sie in erster Linie verpflichtet sind, sich der Organisation anzuschließen, damit endlich die Arbeitsverhältnisse in der Branche besser werden.“ — Darauf erhaltete Kollege Mühl Bericht über die Rekonstitution der Berliner Streik-Kontrollkommission. Unter Verschiedenem wurde folgende Resolution eingebracht und einstimmig angenommen: „Die öffentliche Versammlung beschließt, die Protokolltheater im Parlament nicht als Volksovertreter anzuerkennen!“ Eine weitere Resolution wurde ebenfalls einstimmig angenommen:

„Die heutige Versammlung protestirt gegen die Neuerungen des Stadts. Frenzel, welcher die Noth als nicht vorhanden betrachtet, und welcher behauptet, daß die eingereichten Petitionen nichts weiter als ein sozialdemokratischer Koup seien; ferner spricht die Versammlung ihre Entrüstung aus über die Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters v. Jordan, der ebenfalls in seiner Kurzsichtigkeit keinen Nothstand sieht, und sie betrachtet es als unerhört, daß Männer an der Spitze von Berlin stehen, die das menschliche Elend dadurch aus der Welt zu schaffen suchen, daß sie dasselbe ganz einfach wegschmeißen.“

Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen.

Rigdorf. Eine Versammlung Arbeitsloser, von mehreren

hundert Personen fast nur Männern — besucht, fand am Donnerstag Nachmittag im Saale des Varietés-Theater unter Vorsitz des Genossen Steinmar statt. Genosse Schweiger hielt einen Vortrag über: „Die heutige bürgerliche Gesellschaft und deren Stellung zur Arbeitslosigkeit.“ Referent beleuchtete die Mittel, mit denen unsere Bourgeoisie die herrschende Arbeitslosigkeit und deren Folgen zu beseitigen oder doch zu lindern sucht. Er wies darauf hin, daß die Arbeitshäuser, anstatt die Arbeitslosigkeit zu vermeiden, dieselbe nur noch vermehren und die Löhne herabdrücken. Wenn die Bourgeoisie behauptet, die Noth unter den Arbeitern habe ihren Hauptgrund in der Trunksucht, und durch Trunksuchtsgesetze und dergleichen helfen will, so sei das ein Zeichen völliger Verblendung. — Durch öffentliche Wohlthätigkeits-Veranstaltungen, über welche dann die bürgerliche Bedientenpresse in selbstzufriedener, behaglicher Breite spaltenlange Berichte bringe, suche man wohl die Armen über ihre augenblickliche Lage hinwegzutäuschen. — Auch durch Volksküchen und dergleichen Einrichtungen werde nichts geholfen. Andere ermahnen die Arbeiter, sich mehr der Kirche zuzuwenden. Das sind billige Moralpredigten, die sich leicht vom warmen Ofen, vom geduldeten Tische aus an die frierenden und hungernden Arbeiter richten. — Redner bespricht sodann die Behandlung der Resolutionen der Arbeitslosen in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung, deren Auffassung über die Arbeitslosigkeit die der ganzen freisinnigen Partei sei, denn von keinem der freisinnigen Blätter sei ein Protest dagegen erfolgt. Er weist ferner auf den Kontrast gegenüber den sonst immer so verschwiegenen Franzosen hin, die doch den ersten Willen gezeigt haben, der Noth abzuhelfen. — Was die Bourgeoisie — an Anstalten für Obdachlose, an Volksküchen, an Kinderbeschwerden und dergl. — geleistet habe, das werde übertrieben aufgebläht durch die Vortheile, die sich die besitzenden Klassen aus Kosten der arbeitenden Bevölkerung durch die indirekte Besteuerung verschafft haben. — Die bürgerliche Gesellschaft stelle sich entweder auf den Standpunkt, jeden Nothstand zu läugnen, oder sie weist die Arbeiter auf bessere Zeiten hin. Oft fügen dann die Vertreter der Bourgeoisie — namentlich die Presse — zu der Noth dann auch noch den Hohn hinzu. — Demgegenüber fordere die Sozialdemokratie zur Befreiung der Arbeitslosigkeit zunächst eine Verkürzung der Arbeitszeit, bis das Endziel, die Vergeßenschaft der Produktion erreicht sei. — Der Referent schloß mit der Aufforderung, an den Anwesenden, sich den Organisationen anzuschließen und kräftig für die Sache der Sozialdemokratie zu agitieren. — Mit Rücksicht darauf, daß die Möglichkeit eines vorzeitigen Schlußes der Versammlung hier in Rigdorf nach den letzten Vorkommnissen in's Auge zu fassen sei, wurde über die beiden folgenden vom Genossen Brumme eingebrachten Resolutionen abgestimmt und sie wurden einstimmig angenommen: 1. „Die heutige Versammlung der arbeitslosen Arbeiter und Arbeiterinnen erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und erkennt in der heutigen kapitalistischen Produktionsweise die Urhebersin allen Elends der heutigen Zeit und verspricht, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß die heutige kapitalistische Produktionsweise in die sozialistische umgewandelt wird.“ — 2. „Die heutige Versammlung erklärt, daß die Umgestaltung der Produktionsweise nur durch Anschluß an die Arbeiter-Organisationen erreicht werden kann, und die Anwesenden versprechen, sich denselben anzuschließen.“ — Es knüpfte sich daran noch eine längere Debatte, an der sich verschiedene Rigdorfer und Berliner Genossen, sowie Genosse Lunkwitz-Friedenau beteiligten, die sämtlich im Sinne des Referenten sprachen.